

Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingezeichnet in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Zeiger Straße 30 IV, Volkshaus, Ausgang B oder C
Fernruf 27503

Schluss des Blattes: Montags, mittig 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaltene Kleinzeile 6 Mark. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 20

Sonnabend, den 20. Mai 1922

26. Jahrgang

Den Delegierten zum Gruß!

Nun leuchtet auf, ihr Flammen, und hell und festlich brennt!
Zum Rate tritt zusammen nun unser Parlament.
Ein brüderlich Vertrauen, es schicke euch herein;
Drum Männer aller Gauen, ihr sollt willkommen sein!

Willkommen denn willkommen, ihr Boten junger Zeit,
Die ihr den Ruf vernommen und froh gekommen seid!
Vieltausend Augen sehen auf euch im Frohvertrau'n
Die Fundamente stehen. Auf! Laßt uns weiterbau'n.

Wenn diese Nummer des „Steinarbeiters“ durch die Männen des Reichspostministers in die Hände aller unserer Kollegen gelangt, besonders jener, die in den entlegensten Gebirgswinkeln oder sonst in einer verkehrssarmen Ländböde ihren Existenzkampf führen, dann rollen bereits die letzten ihrer auserwählten Vertreter der Pleißenstadt Leipzig zu. Wer nun von diesen Vertretern noch nicht in dieser Welt-Metropole war, mit ihrer nicht nur für Handel und Industrie historischen Bedeutung, der wird, wenn der Wille vorhanden ist, manches sehen können, was besonders den Steinarbeiterberuf interessiert. Bekanntlich hat jede größere Stadt ihre Eigenheiten und Schönheiten aufzuweisen; auch in Leipzig fehlen solche nicht. Auffallend ist schon der Bahnhof mit seinen riesigen Hallen, in die die Züge einfahren. Der Bahnhof ist ein sogenannter Sackbahnhof, er soll der größte seinesgleichen in Europa sein. Die Vogenspannung in der Eisenkonstruktion ist imponierend und beängstigend in ihrem Ausmaß. Die ganze Bauart läßt die Raumsfülle vorzüglich wirken, und lösen sich aus den einfahrenden Zügen die Massen der Reisenden und man beobachtet den Menschenstrom von einer in der Halle übersichtlichen Stelle aus, dann verlieren sich Züge und Menschenmassen derart in der Raumsfülle, daß sie in ihrem Größenverhältnis fast den Gegenständen aus einer Spielschachtel gleichen. Das Äußere des Bahnhofs zeigt eine imposante Wirkung in der Verwendung von Elbsandstein zu Bauwerksteinen, und wer als Steinhaber die ca. 300 Meter lange äußere Front abschreitet, wird sicherlich seine helle Freude haben an der exakten Bearbeitung der Sandsteinquadern. Auch sonst hat Leipzig aus älterer und neuerer Zeit sehenswerte Naturstein-Bauwerke und Denkmäler, die wir natürlich wegen ihrer Zahl nicht im entferntesten an dieser Stelle namentlich aufzählen können; wir nennen deshalb nur das Alte und das Neue Rathaus. Ersteres zeigt äußerlich dem Beschauer vorwiegend rothlicher Porphyre, der mit seiner rötlichen, frischen Färbung und der hellen marmorähnlichen Aderung immer angenehm wirkt. Dagegen ist das Neue Rathaus und das mit ihm im Zusammenhang stehende Stadthaus aus fränkischem Muschelkalkstein erbaut. Durch diesen gewaltigen Bau kam — wenn wir nicht irren — der Muschelkalkstein wohl erst in Mode. Besonders erwähnenswert ist noch das Völkerschlachtdenkmal, welches uns, vom beruflichen Standpunkt aus gesehen, wegen des ungeheuren Natursteinaufwands in der Menge und in der Ausführung ganz besonders anzieht. Der hier verwendete Stein ist sozusagen vor den Toren Leipzigs der Erde abgerungen (Weucha); allein 15000 cbm wurden ein- und aufgebaut; diese ungeheuren Steinmassen ruhen auf gewaltigem Fundament, zu dem 100000 cbm Zement als Beton verarbeitet wurden. Dieses Fundament bildet das Innere des Hügel, auf dem das größte und gewaltigste Denkmal Deutschlands — 91 m hoch — sich erhebt. Der Denkmalsbereich umfaßt eine Landschaft von über 200000 qm. — Alle Bauten und Denkmäler, wo der Naturstein vielseitig Verwendung fand, sagen uns deutlich, daß infolge der zur Zeit unglücklichen Bau- und Finanzverhältnisse ein Rückschlag in der Natursteinindustrie durchaus verständlich ist; sie sagen uns aber auch weiter, daß der Naturwerkstein für Bauten aller Art niemals dauernd vom Bau oder sonstwie verdrängt werden kann, trotz aller neomodischen Baustoffverwendung. Dafür bürgen außer dem unerschöpflichen Steinreichtum der deutschen Erde auch vor allen Dingen die alten massiven Bauwerke früherer Jahrzehnte, die den Delegierten am Tagungsort zu Gesicht kommen.

In Leipzig stehen unsere Delegierten nicht nur auf historischem Boden, im üblichen Weltgeschehen gemeint; historisch ist der Leipziger Boden für die deutsche Arbeiterbewegung. Mit dieser Bezeichnung wird an anderen Orten oft leicht umgegangen, das hat bei manchem schon ein Rächeln hervorgerufen, ähnlich wie der bekannte „Markstein“, deshalb wird bei Arbeitertagungen diese Bezeichnung ungern mehr gebraucht. Doch in Leipzig trifft es, wie in keiner anderen deutschen Stadt, tatsächlich ohne jede Einschränkung zu mit dem historischen Boden der Arbeiterbewegung. Die Leipziger haben alle alten Kämpfe, zu deren Wirken heute noch mit Begeisterung aufgeblickt wird, in ihrer Mitte gehabt; schon deshalb und weiter wegen ihres Willens und Strebens hatte die Leipziger Arbeiterbewegung immer einen guten Klang. Ihr Wille kommt vor allen Dingen in der Mitgliederzahl zur Geltung; so waren dem Leipziger Gewerkschaftskartell am 1. Januar 1922 162190 gewerkschaftlich organisierte angeschlossene, davon 47235 weibliche Mitglieder. Das Vorwärtstreben war seit jeher der Ansporn der Bewegung in Leipzig. Davon gibt außer den bestehenden Einrichtungen der Arbeiterschaft unter anderem auch die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Kunde. — Die im Gewerkschaftskartell heute zusammenströmenden Aufgaben sind groß, größer und vielseitiger wie in früheren Jahren; doch immer hat es die Leipziger Arbeiterbewegung verstanden, diesen Aufgaben gerecht zu werden. Zum Beispiel die Schulung und Zusammenfassung der Leipziger Betriebsräte ist einfach mustergültig und hat anderen Orten oft als Vorbild gedient. Allein die Rechtsauskunftsstelle des Kartells hat im Vorjahre in 13605 Fällen mündliche und in 581 Fällen schriftliche Auskunft erteilt bzw. in diesen Rechtsfragen Schriftstücke angefertigt. Der Leipzig-Plagwitzer Konsumverein, eine der ältesten Gründungen auf diesem Gebiet, hat ca. 75000 Mitglieder und im ganzen Stadtgebiet über 100 Filialen. Die paar Zahlen, ohne noch auf die örtlichen selbstgeschaffenen Bildungs- und Schulungseinrichtungen einzugehen, zeigen die Bedeutung und den Wert der Leipziger Gewerkschaften, wie überhaupt der örtlichen Arbeiterbewegung. Auf allen Gebieten, wo die Interessen des arbeitenden Volkes irgendwie berührt werden, haben die Leipziger Gewerkschaften sich ihren Einfluß gesichert. So soll es auch sein!

Das durch Reichswehr beim Rapp-Putsch zerstörte Heim der Leipziger Arbeiterschaft — das Volkshaus — ist größer und schöner aus den Brandruinen erstanden, allerdings haben zur Aufbringung der in der Jetztzeit erforderlichen riesigen Mittel ins- und ausländische Freunde mitgeholfen; auch die Steinarbeiter Deutschlands haben ihr Scherlein dazu beigetragen. Der Neubau ist das Wahrzeichen des Willens und des Könnens, und es gibt in Deutschland wohl kaum ein Arbeiterheim, welches von den Arbeitern und ihren Familien in den Freistunden so eifrig besucht wird, wie das Leipziger Volkshaus. Unsere Delegierten werden das bereits am ersten Tage konstatieren können.

Das einzig Trübe in der Leipziger Arbeiterbewegung ist wie allorts der politische Miß, der auch die gewerkschaftlichen Organisationen vor unfruchtbaren Auseinandersetzungen nicht schützt und der bei allen wichtigen Vertretungen in der Öffentlichkeit der organisierten Arbeiterschaft ohne Zweifel in ihrer Wirkung, ihrer Kraft und ihrem Ansehen Abbruch tut. Dieser Zustand muß leider ertragen werden, ohne damit die Hoffnung und Ueberzeugung aufzugeben, daß einmal die Entwicklung und dann der gesunde nüchterne Sinn der Arbeiterschaft mit dem unreifen Spul dereinst doch aufräumen wird.

In Leipzig sind schon zweimal die Vertreter unserer Organisation zusammenberufen worden, um über ihr Geschick zu raten und zu taten. Das erstmal im Jahre 1902 vom 19. bis 24. Mai, das war der 11. und letzte Kongress unter der losen Organisationsform. Damals kamen 42 Delegierte im „Römischen Hof“ zusammen; sie waren beauftragt von 10000 organisierten Steinarbeitern. Die lose Vertrauensmännerorganisation wurde auf dieser Tagung geändert und die straffere Verbandsform eingeführt, ferner der Sitz der Verbandsleitung von Berlin-Nirsdorf nach Leipzig verlegt. Von den damaligen Delegierten nehmen noch vier an der jetzigen Tagung teil; es sind dies die Kollegen Gustav Müller (Striegau), Josef Elsner (Dresden), Obmann des Verbandsausschusses, Hugo Walther, 2. Verbandsvorsitzender, damals delegiert von Berlin, und der Redakteur Herrn. Siebold, seinerzeit delegiert von den Hamburger Marmorarbeitern. Außer diesen Benannten leben nur noch sechs Kollegen von der 1. Leipziger Tagung, von denen der frühere Vorsitzende Paul Starke besonders genannt sei. Die übrigen sind teilweise nicht mehr im Beruf oder nicht mehr im Sinne der Arbeiterbewegung tätig. 32 der früheren Delegierten sind bereits zu Staub und Asche geworden; darunter unsere tüchtigsten Kollegen, die bisher die Organisation hervorgebracht hat, wie Alois Staudinger und Paul Bielow.

Die 2. Tagung in Leipzig war der 7. Verbandstag vom 14. bis 17. Oktober im Jahre 1918, eine sogenannte Kriegstagung, an der 21 Delegierte teilnahmen. Die Mitgliederzahl war von 33000 beim Kriegsbeginn auf 4757 im Oktober 1918 zusammengeschrunpft, und es läßt sich denken, daß jene 21 Delegierte nicht mit großer Begeisterung zusammenkamen. Wohl warfen die nachfolgenden Ereignisse bereits ihre Schatten voraus, doch mit Sicherheit ließ sich darauf nicht aufbauen und man setzte alle Hoffnungen auf die 70% eingezogenen und sehnstüchtig zurückwarteten Kollegen. Durch den dann im November eintretenden Umschwung wurde mancher Beschluß der Leipziger Tagung vom Oktober 1918 überholt. Die Zurückkehrenden warfen sich mit Feuereifer auf die Agitation und versuchten vor allen Dingen die Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten zu erreichen. Das erforderte harte und zähe Arbeit; denn die Steinindustrie war keine Kriegsindustrie, hatte mit ganz wenigen Ausnahmen sich nur dürftig durchlaboriert, und demgemäß waren auch die Löhne. Die Entwicklung, die dann folgte, ist allen unseren Kollegen geläufig, die Mitgliederzahl stieg und ist mit den heutigen rund 47000 in den verfloffenen Jahren ziemlich stabil geblieben.

Nunmehr tritt die 3. Tagung in Leipzig zusammen. Es ist die 9. Hauptversammlung des Verbandes und mit den früheren Kongressen die 20. zentrale Tagung, zu der die freigewerkschaftlich organisierten Steinarbeiter Deutschlands ihre Vertreter entsenden, um die Organisation zu stärken und auszubauen. 76 Delegierte, 9 Gauleiter, je 1 Vertreter des Verbandsausschusses und der Revisoren bezw. der Preßkommission, 5 Vertreter der Verbandsleitung einschließlich der Redaktion bilden den Verbandstag, um in gemeinsamer Beratung die Wege zu ebnen zur Verwirklichung der uns harrenden Aufgaben. Der Vorstand des ADGB. und die ihm unterstellte sozialpolitische Abteilung, ebenso einige beruflich befreundete Organisationen des In- und Auslandes werden Vertreter entsenden. Ihnen allen entbieten wir unseren Gruß, in der sicheren Ueberzeugung, daß alle zusammenkommen, um weiter aufzubauen, denn das Aufbauen ist das schwerste im praktischen wie ideellen Leben. Die Leipziger Mitgliedschaft der Steinarbeiter wird alles aufbieten, um den Delegierten die Leipziger Lage in guter Erinnerung zu erhalten und die Verwaltung des Volkshauses, wo die Tagung stattfindet, wird ihren alten Ruf hochhalten, damit auch das leibliche Wohl nicht zu kurz kommt!

Mögen nun die Meinungen bei den Beratungen in Form und Inhalt manchmal auseinandergehend; Charakter, Temperament und Erziehung spielen dabei die Hauptrolle; jedoch ausschlaggebend sind immer die realen Tatsachen! Trotz aller Zukunftsmusik bleiben die Gegenwartskämpfe für unsere Kolleginnen und Kollegen in Fabrik, Werkstat, Schotterwerk, auf dem Werkplatz oder Steinbruch die ausschlaggebendsten; das möge kein Delegierter übersehen und danach muß er seine Reden und Beschlüsse einstellen. Wird das beachtet, dann dient er dem Wohle seiner Mandatgeber und rechtfertigt das in ihn gesetzte Vertrauen!

Willkommen in Leipzig!

Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperr-, Streif-, Zugzug fernhalten“, in jedem Fall Erklärungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zustelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Laufende Notizen unter: „Sperr-, Streif-, Zugzug fernhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperrung geschildert wird.

Gesperert:

In Bremen die Grabsteingeschäfte: Berger und Traupe, E. Nibel, Kurt Winter, Ermscheil, Eggert, Fr. Wachsmuth, Wehr und Co. In Lauterbach Bildhauer Johann Reßler und Söhne. In Neugersdorf das Grabsteingeschäft von Stange. In Löwenberg (Schles.) Firma Robert Ende. Sämtliche Betriebe in Oldenburg. In Grimma das Grabsteingeschäft Goede und Schille. In Herdecke der Betrieb Buchmayer.

Streif:

In Kassel (Grabmalbranche). In Ruhmannsfelden (Granitwerk Gertl). In Frankfurt a. M. (Grabmal- und Marmorbranche). In Cunevalde (Mühlsteinfabrik Holmann und Reische).

Zugzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperr- und Streif von Waldenburg (Schlesien) Betrieb Berner und Sohn. Von Ostfriesland (Emden, Aurich usw.). Von Thüste b. Escherhaußen (Firmen A. Schöder und Heine. Göttele). Von Wuisdorf b. Gesehsmünde. Von Frankfurt a. Ober. Von Bürgstadt (Betrieb Firma Holmann).

Erlebte Bewegungen.

Berlin. Der Streik in der Grabmalbranche wurde nach fünfjähriger Dauer für die Kollegen mit Erfolg beendet. Der Stundenlohn für Steinmetzen beträgt vom 1. Mai an 27 M., für Hilfsarbeiter über 6 Monate im Beruf 23 M., darunter 17,70 M.

Die Sperr- über die Firma Gruber ist aufgehoben.

Mayen. Der Streik bei der Firma Meurin konnte erfolgreich beendet werden. Für das Mahener Basaltlavagebiet wurde am 2. Mai nachstehende Lohnvereinbarung getroffen: 1. Steinmetzen im Akkord erhalten auf den Tarifvertrag Nr. 5 2350 Prozent. 2. Steinmetzen, Stöber und Steinbrecher erhalten pro Stunde 19 M. 3. Steinbrecher erhalten außerdem eine Kleider- und Befahrungzulage pro Schicht 4 M. 4. Pflastersteinerschläger erhalten pro 100 Stück 16/18 85 M., pro 100 Stück 1. Sorte 78 M., pro 100 Stück 2. Sorte 46 M., pro 100 Stück Franzosensteine 187 M. 5. Pflastersteinerschläger erhalten pro 100 Stück 42 M. 6. Angelernte Arbeiter erhalten über 22 Jahre pro Stunde 15,50 M., über 20 Jahre pro Stunde 14 M., über 18 Jahre pro Stunde 13 M., über 17 Jahre pro Stunde 9 M., über 16 Jahre pro Stunde 7 M. 7. Für das Ausladen wird pro Fuhr vergütet a) Werksteine 2 M., b) Pflastersteine 1,70 M. 8. Schloffer erhalten pro Stunde 19 M. 9. An Soziallohn wird pro Schicht gewährt: a) für jeden Haushaltungsvorstand oder jeden, der überwiegend Ernährer einer Familie ist, 2 M., b) für jedes Kind bzw. Pflegekind unter 14 Jahren 1,50 M. Die vorstehenden Sätze treten am 8. Mai in Kraft, haben vier Wochen Gültigkeit und können mit 14tägiger Frist zu einem Jahrtage gekündigt werden.

Für das Göttinger Luffteingebiet kam in der nämlichen Verhandlung nachstehende Lohnvereinbarung zustande: 1. Steinmetzen im Akkord erhalten auf den Normaltarif 3150 Proz. 2. Steinmetzen und Steinstößer erhalten pro Stunde 19 M. 3. Steinbrecher erhalten pro Stunde 18,60 M. 4. Schloffer erhalten den Lohn der Steinmetzen. 5. Angelernte Arbeiter erhalten die gleichen Löhne der Angelernten des Basaltlavagebietes. Vorstehende Sätze treten am 6. Mai unter den nämlichen Bedingungen, wie sie für das Basaltlavagebiet maßgebend sind, in Kraft.

Odenwaldbesitz. (Pflastersteinarbeiter.) Durch mehrmaliges Verhandeln mit dem Verband der Granitindustriellen des Odenwaldes war es möglich, die Grundpreise für Pflastersteine zu erhöhen: Wiesbadener Format 15 und 16 Zentimeter, sowie die erforderlichen Binder um 2 Pf. pro Stück. 14er und Raufsteine nebst Binder um 1 Pf. pro Stück. Die Erhöhung tritt am 21. April in Kraft.

Freiburg i. B. Einschließlich 2. Mai erhalten Steinmetzen in Bau- und Kunststeinbetrieben einen Stundenlohn von 24 M., in Grabmalgeschäften 24,05 M. Das ist eine Erhöhung von 5 M. pro Stunde, die in Gemeinschaft mit dem Baugewerbe durch Verhandlung erzielt wurde.

Krefeld. Streik erledigt! Erfolg: ab 15. April 24 M., ab 1. Mai 25 M., ab 12. Mai 27 M. Stundenlohn. Am Bau immer 1 M. mehr.

Neuregelung der Feuerungszulage in der Granit- und Steinindustrie. Die Feuerungszulage für Akkord- und Stundenlohnarbeiter, die nach dem Reichslohntarif arbeiten, erhöhen sich ab 4. bzw. 5. Mai 1922 von 1300 Prozent auf 1600 Prozent.

Er gibt die Reichsindexziffer für Mai gegen April eine größere Steigerung als 300 Prozent, so erhöht sich der Feuerungszuschlag vom 4. bzw. 5. Mai an entsprechend dem Mehrbetrag des Prozentsatzes dieser Steigerung.

Die nach Vereinbarung vom 4. April d. J. vom 4. bzw. 5. Mai zu zahlende Erhöhung des Feuerungszuschlages von 1200 Prozent auf 1300 Prozent wird mit Ausnahme der Betriebe des Fichtelgebirges, von deren Inhabern eine Zustimmung nicht zu erreichen war, bereits vom 20. April an gezahlt, vorausgesetzt, daß die in der gegenwärtigen Feuerungszulagenperiode entstandenen Differenzen (Rücklagen und Arbeitsverhältnisse) alsbald beigelegt werden.

Steine, Steinindustrie und Steinarbeiterverband im Freistaat Sachsen.

(B. M.) Der Freistaat Sachsen ist ein „steinreiches“ Land. Im Gegensatz dazu sind die allermeisten seiner Bewohner alles andere als steinreich. Und gerade die Proleten, die in den großen Steinbruchgebieten fronen, sind durchweg arme Schluder.

In allen Teilen des Landes, von den Rändern der Gebirge herab bis in die nordwestliche Tiefebene, finden sich bedeutende Vorkommen bester Naturgesteine. In der Hauptsache sind es hier Gebirgszüge, die den Reichtum an Naturgesteinen in sich bergen und in den meisten ihrer Täler und Höhen befinden sich unsere Kollegen im Kampf mit dem harten Felsen. — Durch den östlich der Elbe gelegenen Landesteil zieht sich das Lausitzer Gebirge, das in der Hauptsache von einer mächtigen Granitplatte gebildet wird. Nur bei Pittau finden sich diluviale Sandsteinablagerungen, die aber gegenwärtig in nennenswerter Weise nicht mehr abgebaut werden.

Zu beiden Seiten der Elbe, etwa von Birna stromaufwärts bis zur böhmischen Grenze, liegt ausgebreitet das Elbsandsteingebirge, in dessen bizarren Felsenbildungen sich der Elbstrom ein tiefes Bett eingegraben hat. Daran anschließend beginnt das rauhe Erzgebirge, das sich längs der südlichen Landesgrenze hinzieht und Erhebungen bis über 1200 Meter hat. Im östlichen Teile ist der Gneis das beherrschende Gestein, während im westlichen Granit anzutreffen ist. Wertvolle Basaltkuppen, die bestes Straßenbaumaterial liefern, liegen vereinzelt eingestreut. Das Erzgebirge fällt in seinem sächsischen Teile allmählich nach Norden ab und ist von zahlreichen tiefen und reizvollen Tälern zerfurcht. Der mittlere Teil des Landes wird vom mittelsächsischen Granulitgebirge ausgefüllt, dessen Ausläufer sich fast bis zur nördlichen Landesgrenze erstrecken, wo der Quarzporphyr vorherrschend

ist. Im Lausitzer Gebirge ist die Steinindustrie äußerst stark vertreten. Die ausgedehnten Granitgebiete bei Demitz-Thumitz, Kamenz, Bautzen, Königsbrunn usw. liefern sehr gutes Material für Stein- und Straßenbauten in unerlöschlicher Menge. In der Gegend von Löbau und in den großen Industrie- und Bergbauorten (dieser Berg ist eine alte heidnische Opferstätte für den weisen Gott der Sorbenwenden) hat sich eine bedeutende Granit- und Steinindustrie angebahnt, die neben nordischen Graniten und Ebeniten auch viel heimisches Material verarbeitet. Manches Meisterwerk der Steinmetzkunst hat von hier aus seinen Weg in die weite Welt angetreten und den guten Ruf der Lausitzer Steinindustrie begründet. In der gesamten sächsischen Oberlausitz mögen zirka 4200 Steinarbeiter beschäftigt sein, die fast reiflos Mitglieder unseres Verbandes sind. Die unvermeidlichen Brüder in Christo sind auch, allerdings nur mit einem guten Wädelbüchel, vertreten. Wenn sich deren gewerkschaftliches Parastitutenleben jemals erwiesen hat, dann hier, wo sie völlig bedeutungslos sind.

Das Elbsandsteingebirge, wegen seiner Naturschönheiten auch die „Sächsische Schweiz“ genannt, wird in den Kreisen der Sandsteinarbeiter, wenigstens dem Namen nach, ziemlich bekannt sein. Von hier wurde in früheren Jahrzehnten ganz Nord- und Mitteldeutschland bis weit in den Süden hinein mit Steinmetzarbeiten und Rohstein versorgt. Noch vor zirka 25 Jahren wurden gegen 3000 Steinarbeiter bei der Gewinnung und Weiterverarbeitung beschäftigt. Unter den Einflüssen der Nachkriegsverhältnisse ist die Industrie stark zurückgegangen. Nach der Struktur des gewonnenen Gesteins wird das Gebiet von unsern Kollegen kurzweg in das harte und in das weiche Gebiet eingeteilt. Das „harte“ liegt vornehmlich im Elbtal und seinen rechten Seitentälern. Es liefert neben andern in der Hauptsache den wertvollen und äußerst wetterbeständigen Postaer Sandstein. Dieser wurde bei den großen staatlichen und städtischen Monumentalbauten sehr gern als Werkstein verwendet. Infolge des gänzlichen Fehlens dieser Bauten ist die Zahl der beschäftigten Steinmetzen sehr zurückgegangen. Für den übriggebliebenen Stamm ist jedoch noch genügend Beschäftigungsmöglichkeit vorhanden. Einen wesentlichen Teil der Produktion bildet die Erzeugung von Mühlsteinen und „Schleifern“ für die verschiedensten Industrien. In dem links der Elbe gelegenen Gottleubatal, dem sogenannten „weichen“ Gebiet, wird der beliebte Gottaer Stein gewonnen. Derselbe hatte früher eine ungeheure Verbreitung als Material für Werkzeuffabriken, Bildhauer- und Grabmalarbeiten. Zwei Bahnen führen in das Gebiet und die meisten Brüche haben Gleisanschluss bis zur Bruchsohle. Lange Züge rollten in besseren Zeiten Tag für Tag von hier ab, ohne die Hunderte von Kubikmetern, die täglich noch durch Pferdegespanne abgefahren wurden. Der Gottaer Sandstein wird in sehr guten Qualitäten gewonnen und ist im allgemeinen viel besser als sein Ruf. Infolge der Unkenntnis der Architekten und der Geschäftstüchtigkeit einiger Unternehmer wurde er nur zu oft zu Arbeiten verwendet, für die er sich weniger eignet und leicht den Einflüssen der Witterung unterliegt. Mit der nötigen Sachkenntnis und Sorgfalt verwendet, ist der Gottaer Stein aber ein sehr schätzbares Gestein. Viele alte Bauwerke, die schon jahrhundertlang stehen, beweisen dies. Zur Zeit sind im Gebiet, einschließlich Dresden, noch gegen 1000 Sandsteinarbeiter beschäftigt. Es herrscht starker Mangel an geübten Steinbrechern und Steinmetzen. Lehrlinge fehlen fast ganz. Die gesundheitlichen Gefahren und die große Sterblichkeit halten junge Leute vom Beruf ab. Dazu kommt, daß die Gegend stark industriell durchsetzt ist und in andern Industrien gleiche, wenn nicht bessere Löhne gezahlt werden. Der Mangel an Facharbeitern kann nur dadurch behoben werden, daß man für diese wieder Löhne zahlt, die, wie in früheren Jahren, erheblich über die in andern Berufen gezahlten hinausgehen! Der darin liegende Anreiz läßt dann die beruflichen Gefahren zurücktreten und überwiegen.

Im Erzgebirge wird in der Hauptsache die Herstellung von Pflastersteinen und andern Wegebaustoffen betrieben, so zum Beispiel in den Granitbrüchen von Aue, Kirchberg, Mittweida usw. Am Geisingberge und am Scheibenberg wird guter Basalt gewonnen. Bemerkenswert ist die erzgebirgische Serpentinindustrie, die in Böhlitz ihren Hauptsitz hat. Die dort hergestellten kunstgewerblichen Gegenstände haben sich durch exakte Qualitätsarbeit einen weit über die Grenzen Deutschlands hinausgehenden guten Ruf erworben. Es werden gegen 300 Kollegen und Kolleginnen in dieser Industrie beschäftigt. Bei Thuma im Vogtland findet sich ein Vorkommen von Platenschiefer; wird in sehr großen Blöcken gewonnen und durch Diamantsägen in bis 5 Millimeter dünne und dabei mehrere Quadratmeter große Platten getrennt. Der Platenschiefer wird für die verschiedensten Bauzwecke, auch für Wandverkleidung, verwendet, ist aber leider wenig polierfähig. Erwähnt sei noch ein Vorkommen von sehr schönem weichen Marmor auf dem östlichen Erzgebirgsstamm bei Rehefeld. Der Bruch gehört dem sächsischen Staat und ist mit Kalibrennerei verbunden. Neuerdings werden aber umfangreiche Versuche unternommen, um das Gestein auch für Steinmetzarbeiten nutzbar machen zu können.

Mitten im mittelsächsischen Granitgebirge, in dessen Tälern verschiedene Schotterwerke betrieben werden, liegt der waldumrahmte Rochlitzer Berg. Auf seinem Gipfel wird der schöne rote Porphyrtuff gewonnen. Die Brüche sind bereits jahrhundertlang in Betrieb und haben seit jeher zu den zahlreichen alten Schlössern und Burgen der Landschaft den Baustein geliefert. Aber auch in den Städten zeugt mancher schöne, stolze Bau von der Leistungsfähigkeit der Rochlitzer Steinmetzen. Heute ist der Rochlitzer Porphyr ein beliebtes Material für Denkmäler. Das imposante, in Bremen zur Aufstellung kommende Revolutionsdenkmal ist ebenfalls hier entstanden. Daß der Rochlitzer Wald die Geburtsstätte des alten Steinmetzliedes ist, das in früheren besseren Zeiten bei jeder Feierlichkeit der „ehrbaren Steinmetzgesellen“ wohl in ganz Deutschland, wo Steinmetzen tätig waren, gesungen wurde, soll nicht unerwähnt bleiben.

Wenige Stunden nördlich kommen wir in den Bereich des Quarzporphyrs. Am die Orte Grimma, Deucha, Wurzen herum bis hinein in den preussischen Kreis Torgau wird er in zahlreichen Betrieben gewonnen. Die Diluvialbede der Landschaft ist überall von Granitgestein durchsetzt worden, das in zerstreut liegenden Kuppen die Gegend mehr oder minder überträgt. Bei Deucha und am Kohlenberg bei Brandis wird es als Porphyranquarzporphyr abgebaut, der ein vorzügliches Material für Werksteine darstellt. Beim Bau des riesigen Denkmals der Völkerschlacht bei Leipzig wurde der Stein verwendet. Bei Grimma, Wurzen, Hühnerberg usw. ist das Gestein als Porphyranquarzporphyr anzusprechen und liefert ein ausgezeichnetes Material für Wegebaustoffe aller Art. Im Gebiet sind gegen 2000 Steinarbeiter beschäftigt, die bis auf eine Gruppe von Quarzitarbeitern, bei den Fabrikarbeitern organisiert, fast reiflos unserm Verbandsangehören.

Alles in allem werden im Freistaat Sachsen zirka 10 000 Steinarbeiter beschäftigt. In früheren Jahren waren die Organisationsverhältnisse, besonders in den abgelegenen ländlichen Gebieten, wenig befriedigend. Die Löhne waren entsprechend niedrig, dafür aber die Arbeitszeit desto länger. Nur von den Steinmetzen der Großstädte und des Pinaer Bruchgebietes wurde bereits vor 20 Jahren der Achtstundentag erklärt. In den Jahren seit Kriegsende ist es wohl gelungen, die Steinarbeiter fast geschlossen dem Verbandszugehörigen, aber es muß noch sehr viel getan werden, um den Organisationsgedanken in der erforderlichen Weise zu vertiefen und zu befestigen, damit aus den neu gewonnenen Kollegen ebenfalls so gute und überzeugte Gewerkschaftler werden, wie es der alte gute Stamm ist, der sich in den meisten Zuständen findet. In unserer schnelllebigen Gegenwart wird Zeit und Arbeitskraft der Verbandsvertreter reiflos von Lohnbewegungen, Tarifverhandlungen, Vertretung vor Gerichten, sowie tariflichen und gesetzlichen Schlichtungsinstanzen in Anspruch genommen. Für die Agitations- und Aufklärungsarbeit bleibt so gut wie keine Zeit übrig. Dieser Zustand kann sich einmal bitter rächen. Der Verbandsrat wird deshalb darauf bedacht sein müssen, Mittel und Wege zu finden, wie Abhilfe geschaffen werden kann. Sonst wird sicher einmal die

Zeit kommen, wo der Schaden für den einzelnen Kollegen wie auch für den Gesamtverband recht offenkundig wird.

War schon vor dem Kriege die Entlohnung der Steinarbeiter, besonders in Anbetracht der schweren und gefährlichen Arbeit, keineswegs allgemein eine gute, so kann jetzt erst recht keine Rede davon sein. Nur mit Aufbietung aller Kräfte ist es in den letzten Jahren möglich gewesen, mit der fortschreitenden Teuerung einigermaßen Schritt zu halten. In vielen Fällen war es trotz aller angewandten Mühe nicht immer möglich, so daß wir noch mit den schwersten Kämpfen zu rechnen haben. Besonders die Steinmetzen aus der Sandsteinbranche, die früher 70—80 Prozent über die meisten andern Berufe entlohnt wurden, haben von diesem Vorsprung mehr und mehr aufgeben müssen. Die Masse sieht nur den augenblicklichen Stundenlohn dieser Gruppe, der sich scheinbar hoch ist. Sie vergißt dabei aller vollkommen, daß ein Steinmetz schon vor dem Kriege 85 Pf. pro Stunde bekam, wo ein großer Teil der Arbeiter noch für 35—40 Pf. schuftete mußte.

Stellt man heutzutage Betrachtungen an über die Lage der Arbeiterschaft und über deren Einstellung zur Arbeiterbewegung, kann man nicht umhin, auch die leidige politische Meinungsverschiedenheit und deren Auswirkungen auf die Gewerkschaftsarbeit in den Kreis der Betrachtungen zu ziehen. Auch die Arbeiterschaft des Freistaates Sachsen ist von den politischen Wirren in der Arbeiterbewegung nicht unberührt geblieben. Alle Arbeiterparteien und Parteigruppen haben Anhänger. Man kann aber im allgemeinen mit Befriedigung feststellen, daß nirgends der Gang zur Gewerkschaftszersplitterung ernstlich in die Erscheinung tritt, der anderwärts schon so viel Verwirrung in den Köpfen der Arbeiter angerichtet hat. Überall kommt die Sehnsucht nach einer einheitlichen, großen Partei instinktiv zum Ausdruck, die die Gewerkschaftsarbeit unangekämpft läßt. Die „Zellenbildung“ will nicht vorwärts kommen und bei den Steinarbeitern kann man erfreulicherweise feststellen, daß alle, vom kommunistischen Arbeiterpartei bis zum Mehrheitsler, in der Gewerkschaft fruchtbringend zusammen arbeiten. Die kleinen Gernegroße, die auch im Verband haben und die von Zeit zu Zeit versuchen, durch Oberflächlichkeiten die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, haben wenig Anhang. Mancher der „großen“ Kritiker, die sich gelegentlich in „Steinarbeiter“ prodigieren, würde sich wundern, wenn er die Beurteilung seiner Tätigkeit aus einfachem Kollegenmunde hörte. Der gesunde Sinn sagt jedem vorurteilsfreien Kollegen, daß diese Heißhorne auch nur mit Wasser kochen können und zudem sehr gern den Schwanz einziehen, wenn die Situation benachteiligt wird. Nach meinen Beobachtungen wird der „Nachker“ genau so ungemütlich, wie der ein Kommunist sein wollende, wenn eine Lohnbewegung oder dergleichen nicht nach Wunsch verläuft. Die bessere Einsicht hat aber noch immer bei beiden den Sieg davon getragen.

Der Geschäftsgang ist gegenwärtig in allen Gruppen der sächsischen Steinindustrie ein guter. Niemand kann allerdings mit Bestimmtheit sagen, wie lange dieser Zustand anhält. Weiß man doch, daß die Grundlage für den guten Geschäftsgang der Industrie im allgemeinen durchaus keine gesunde ist, sondern plötzlich einmal zusammenbrechen kann. Die Krise mit der riesigen Arbeitslosigkeit schwebt immer wie ein Damoklesschwert über unserm Haupte. Die Pflasterstein- und Schotterarbeiter können vielleicht noch am ruhigsten in die Zukunft blicken, da unsere Straßen meist sehr heruntergewirtschaftet sind, und andererseits der immer stärker werdende Kraftwagenverkehr bedingt, daß die Straßen in einigermaßen gutem Zustand gehalten werden. Andere Gruppen, die mehr für den Export arbeiten, oder die Luxusartikel herstellen, haben schon mehr Grund, besorgnisvoll in die kommende Zeit zu blicken. Alle müssen aber den Schluß aus der Lage ziehen, daß wir alle Ursache haben, unsere Reihen immer fester zu schließen. Jeder Kollege muß sich darüber klar sein, daß bei absteigender Konjunktur von dem gesamten Unternehmertum die vorläufig beiseite gelegten Wünsche auf Lohnabbau, Verringerung des Achtstundentages und was dergleichen Dinge mehr sind, wieder hervorgeholt werden. Dann erst werden für die Arbeiterschaft die schwersten Kämpfe beginnen. Wehe ihr, wenn sich ihr Nutzgen dann als zu schwach erweist. Darum heißt es, die Gewerkschaften, denn diese sind das vornehmste und wirksamste Mittel, so auszubauen, daß diese auch in Zukunft, so wie bisher, in den wirtschaftlichen Kämpfen eine starke Stütze bieten. Jeder Delegierte hat eine schwere Verantwortung; wenn er sich derselben nicht bewußt ist, kann er seinen Kollegen einen sehr schlechten Dienst erweisen. Die Lösung muß Aufbauen und nicht Niederreißen sein. Wer keine neuen, besseren Wege weisen kann, sollte mit seiner Kritik sehr vorsichtig sein, wenn er sich nicht der Gefahr aussetzen will, für einen geistlosen Mördler gehalten zu werden.

Darum Kollegen! Die Reihen geschlossen! Die Kollegen im Reiche erwarren von euch, daß ihr Arbeit leistet, die Früchte trägt! Wer den Verbandsrat verläßt und nur von sich behaupten kann, daß er bis zuletzt in Opposition gemacht hat, dessen Fahrgeld und Aufwand ist zum Fenster hinausgeworfen. Eure Aufgabe ist, Wege zu zeigen, wie der sicher zu erwartende Ansturm des Unternehmertums aufgehalten und abgelenkt werden kann, dann wird der Sieg und die Zukunft unser sein!

Facharbeitermangel in der ober-sächsischen Granitindustrie.

Wie die Handelskammer in Oberhausen, in Verbindung mit den Granitindustriellen und als deren Sprachrohr der Facharbeitermangel abgelesen will, geht aus dem Bericht der Handelskammer hervor unter dem Stichwort: „Aus der ober-sächsischen Granitindustrie“. Wir lassen den Bericht im Wortlaut folgen, die gesperrten und fettgedruckten Sätze und Zeichen rühren von uns her:

„Die Klagen über die Abwanderung von Facharbeitern in staatliche Betriebe wollen nicht verstummen. Schon im Herbst 1921 hatte die Kammer Veranlassung, sich in einer Vollversammlung mit solchen Klagen zu befassen. Sie forderte damals die bayerische Regierung auf, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Entziehung von Facharbeitern aus der Industrie durch staatliche Betriebe unterbleibe. Die Kammer ließ sich dabei u. a. von dem Gedanken leiten, daß, wenn der Privatindustrie bei der Einstellung von Arbeitern alle möglichen Vorschriften gemacht werden, sich billigerweise auch der Staat diesen Vorschriften unterwerfen müsse. Gelegentlich der Vertretung eines Einzelalles bei einer Eisenbahnbehörde, wurde der Kammer der Bescheid zuteil, daß eine allgemeine Anordnung, daß gelehrte Facharbeiter, die sich in einem Arbeitsverhältnis befinden, in staatliche Betriebe nicht eingestellt werden dürfen, von der Reichs Eisenbahnverwaltung nicht getroffen werden könne. Die fragliche Eisenbahnbehörde erklärte in einer solchen Anordnung eine unzulässige Beschränkung der Freizügigkeit gerade für die tüchtigsten Arbeiter, die ein dauerndes Unterkommen bei der Eisenbahnverwaltung suchen.“

Damit ist natürlich der Privatindustrie nicht geholfen. Diese muß, wenn die Staatsbetriebe ihr die tüchtigsten Kräfte wegnehmen (?), mit der Zeit in eine mitleidige Lage geraten. Daß eine solche Gefahr tatsächlich besteht, zeigt ein neuerdings beobachteter Fall. Die Organisation der Granitindustrie in der Industrie des Fichtelgebirges sah sich Anfang Februar d. J. veranlaßt, an das bayerische Handelsministerium folgendes Telegramm zu richten:

„Durch Massenrückgaben von Facharbeitern, welche durch hohe Lohnversprechungen zum Bahnhofsombau Oberlochau angenommen werden, droht Stillelegung ganzer Granitindustrie des Fichtelgebirges. Erbitten sofort Schutz mit bestimmter Weisung, daß Facharbeiter zum genannten Bau aus der Industrie nicht entzogen werden dürfen. Dringende Maßnahmen sind erforderlich.“

Die Granit- und Steinindustrie des Fichtelgebirges wandte sich in ähnlicher Weise an das Handelsministerium. Angeblickt sollen beim Bahnhofsombau Oberlochau Stundenlöhne in Aussicht stehen, die an die besten Verdienste in der Porzellan- und Textilindustrie heranzureichen (!). Es ist klar, daß bei dieser Sachlage eine Industrie, die, wie die Granitindustrie, wegen schlech-

ten Geschäftsganges mit den Löhnen nur langsam nachkommen kann, ihre Arbeiter leicht verlieren muß. Das Handelsministerium hat aber um ihre Erziehung ringenden fichtelgebirgischen Granitindustrie denn auch erfreulicherweise seinen Schutz nicht versagt und die für den Bahnhofsombau Oberkohan in Betracht kommenden Behörden gebeten, im Benehmen mit den Bauunternehmern Vorkehrungen gegen die Abwanderung von Facharbeitern aus Industrie zum Bahnhofsombau in Oberkohan treffen zu wollen. (2)

Diese Stellungnahme des Handelsministeriums ist dankbar zu begrüßen. Sie ist ein Ausfluß weitgehender Volkswirtschaftspolitik, weil sie auch die Interessen der Arbeitnehmer im Auge hat. Denn diese können keinen dauernden Vorteil davon haben, wenn sie durch Verlassen der ihnen angemessenen Arbeitsstätte ihre Industrie, die ihnen bis jetzt das Brot gab (?), verkümmern lassen. Steht doch in der Granitindustrie des Fichtelgebirges der Lebensunterhalt von immerhin 2000 bis 3000 Steinbauern und Schleifern auf dem Spiel. Freilich ist noch nicht bekannt geworden, welcher Art die zu treffenden Vorkehrungen gegen die Abwanderung von Facharbeitern aus der Granitindustrie sein sollen. Letzten Endes kommt es darauf an, daß sie sich nicht in einem rein platonischen Schutz erschöpfen. Denn die Lage ist so, daß etwas Durchgreifendes geschehen muß. Die Granitindustrie ist ja nicht der einzige Industriezweig, dem Massenentziehung von Arbeitern droht. Manche andere Industrie kann plötzlich derselben Gefahr ausgesetzt sein. Für jede Industrie (hies: Industrielle, Nebast.) aber bedeutet die Entziehung von müßig herangebildeten Facharbeitern die Bedrohung ihrer Existenz.

Dieser Bericht bedeutet für unsere Kollegen im Fichtelgebirge sicherlich eine ganz besondere Sache, die mit den Ausführungen der Handelskammer nicht als erledigt anzusehen ist. So, wie die „tragliche Eisenbahnbehörde“ die Angelegenheit beurteilt hat, ist es einigermaßen richtig, doch durchaus falsch, wie das handelspolitische Handelsministerium sich schuldig vor die oberfränkischen Granitindustrie stellen will. Das fordert den schärfsten Protest der Steinarbeiter heraus und außerdem scharfe Gegenmaßnahmen. Der Verband der Steinarbeiter wird die geeigneten Schritte unternehmen, um den Granitarbeitern des Fichtelgebirges das Recht des freien Arbeiters zu sichern! Darüber geben Handelskammer und die dahinter stehenden Granitindustriellen sich hoffentlich keiner Täuschung hin, auch darüber kaum, daß der Arbeiterstand noch andere Mittel und Wege offen stehen, um sich das Recht zu arbeiten, wo es ihnen beliebt, zu erzwingen! Die oberfränkische Granitindustrie, die im wesentlichen, Schleifereien umfaßt, befindet sich ohne Zweifel geschäftlich in einer wenig angenehmen Lage, das ist kein Geheimnis für die Arbeiter dieser Industrie! Die Exportmöglichkeiten sind äußerst eingeschränkt und auf Grund der künstlichen Friedensreformbestrebungen ist ihr die Massenfabrikation wie in früheren Jahren beinahe unmöglich gemacht. Durch den hohen Valutastand ist ihr die Verarbeitung von schwedischem Gesteinsmaterial, was der oberfränkischen Granitindustrie erst zu ihrem Ruf verholfen, direkt unterbunden. Hinzu kommt nun eine recht unzufriedene Belegschaft in fast allen Betrieben, sowohl in der Granitwerkstein- wie in der Granit Schleifereiindustrie. Diese Unzufriedenheit entstand, weil trotz aller angestrengter Arbeit die im Fach sogar als künstlerisch bezeichnet werden muß, die Facharbeiter (Steinmehrer und Schleifer) mit ihren erzielten Wochenlöhnen weit hinter den Löhnen von Hilfsarbeitern anderer Berufe (Baugewerbe) und hinter der Entlohnung der übrigen Industriearbeiter (Porzellan, Textil) im Fichtelgebirge zurückblieben. Dabei muß beachtet werden, daß unsere Kollegen in der Hauptfache im Afford arbeiten! Nun ist es durchaus keine Seltenheit, daß in Familien, wo der Vater als Steinmehrer oder Schleifer oder Hilfsarbeiter tätig ist, trotz seiner jahrelangen Berufserfahrung mit weniger Wochenlohn nach Hause kommt wie seine Tochter oder sein Sohn, die als ledige Leute in der Porzellan- oder Textilindustrie arbeiten. Daraus ist durchaus nicht etwa zu folgern, daß die jungen Leute dort außerordentlich gut verdienen, nein, die Granitindustrie zahlt im Fichtelgebirge im

Vergleich zur Lebenshaltung und zu anderen Berufen Zimmerlöhne, dabei hat der Affordarbeiter auch noch eine große Verantwortung, die von einzelnen Unternehmern fast immer recht raffiniert und rücksichtslos ausgenutzt wurde und noch wird. Wenn darüber einmal die Akten aus älterer Zeit geöffnet werden, dann enthalten sie sicher kein Lob für einzelne Granitbetriebe im Fichtelgebirge. Der Groll und die Unzufriedenheit der Belegschaften wird allein schon aus diesen Vorgängen verständlich. Nach dem Handelskammerbericht haben die Granitindustriellen bereits im Februar ihr dringendes Ersuchen an das bayerische Handelsministerium gerichtet; da standen die Stundenlöhne dort auf 6.80 bis 7.70 M. für Steinmehrer und 6.20 bis 7.50 M. für Schleifer, für die Hilfsarbeiter gar noch auf 5 bis 6 M. und der Affordzuschlag auf die Preise der Vorkriegszeit auf zirka 1000 Prozent; wohl hat seitdem eine Aufbesserung stattgefunden. Von Anfang Mai an war der Zuschlag 1300 Prozent. Damit werden Wochenlöhne von 450 bis 600 M. erzielt. Das sind keine Existenzgrundlagen für Familienväter, und solche Zustände will die oberfränkische Handelskammer konservieren als Vorrecht der Granitindustriellen und umbräunt es mit dem Wort „Volkswirtschaftspolitik“!

Das ist ein Versuch, die Betriebe um der Betriebe und ihrer einzelnen Inhaber willen, auf Kosten hungernder Arbeiter und ihrer immer tiefer ins Elend zurückfallenden Familien zu erhalten, das heißt dann bei der Handelskammer „weit-ausdehnende Volkswirtschaftspolitik“ und Erhaltung der Industrie, die ihren Arbeitern „bis jetzt das Brot gab“. Wenn man für dieses Gerede den richtigen Namen sucht, dann ist die Bezeichnung: Heuchelei eigentlich noch ein recht gelinder Ausdruck. Man ist besorgt, daß die Industrie, die 2000 bis 3000 Steinmehrer und Schleifer den Lebensunterhalt hat, durch die Abwanderung verarmt. Hier kann, wie man so sagt, ein Blinder mit dem Krüdenstock fühlen, daß sich andere Interessen bedroht fühlen. Wir können nur jagen, daß alles „Durchgreifende“, um die Abwanderung zu verhindern, in erster Linie im auskömmlichen Lohn bestehen muß. Sonst kommt die Fichtelgebirgs-Granitindustrie, soweit die Facharbeiter in Frage stehen, tatsächlich ganz auf den Hund. Alles andere, und hauptsächlich die Zwangsmaßnahmen, das Anschwärzen zur Nichtentlohnung, bereitet den Facharbeitern ihre angemessene Berufstätigkeit immer mehr! Kann die Granitindustrie sich nicht zu höherer Entlohnung aufschwingen, dann muß sie es den Arbeitern schon überlassen, sich dort Arbeit zu suchen, wo es ihnen beliebt, und zwar zu einem Ertrag, der es ihnen ermöglicht, mit Frau und Kind zu leben, sich zu kleiden usw. usw.

Sowie! sollte eigentlich auch die oberfränkische Handelskammer wissen und einsehen, daß ihre Aufziehung in dieser Frage einer Schmutzpolitik gleichkommt. Jedes tiefere Eindringen in die Lebensmöglichkeit der oberfränkischen Granitarbeiter müßte der Beratung der Handelskammer beweisen, daß der Arbeitswechsel nicht purer Abwechslungslust entspringt, und daß schon recht triftige und schwerwiegende Gründe vorliegen müssen, wenn die fachlich äußerst geschulten Steinmehrer und Schleifer im Fichtelgebirge, die durch ihre Qualitätsarbeit wesentlich dazu beigetragen haben, den „guten Ruf“ der Granitindustrie zu erzielen, jetzt soweit gekommen sind, mit Hade und Schaufel beim Bahnbau zu arbeiten. Sollte wirklich die Handelskammer keine anderen Mittel und Wege finden als Zwangsmassnahmen? Einkaufsverbot? Gehört zur „weit-ausdehnenden“ Volkswirtschaftspolitik nur die gute Existenz der Granitindustriellen? Glaubt die oberfränkische Handelskammer, daß sie der Granitindustrie des Fichtelgebirges einen Dienst erwirkt, wenn sie sich nur zum Sprachrohr der Granitindustriellen macht? Wenn wir nun in dieser Polemik auf die wenig angenehme geschäftliche Lage, besonders der Schleifereiindustrie, im Fichtelgebirge, hingewiesen haben, so sind damit nur die Schwierigkeiten der früheren Auftragserteilung gemeint, doch damit nicht etwa beweisen, daß auf Grund der jetzt zu fertigenden Aufträge die notwendigen Löhne nicht zu leisten wären. Die Granitindustriellen verstehen es ausgezeichnet, die Auftragserteilung auszunutzen in der Lohnzumessung der Jetztzeit, und sie hüten sich durchaus, die

nötigen Unterlagen dazu den Betriebsvertretungen der Granitarbeiter zu unterbreiten. Ob man unsere Fragen beantwortet werden oder nicht, davon hängen unsere Maßnahmen nicht ab, jedenfalls kommen wir zu geeigneter Zeit auf die Angelegenheit noch zu sprechen. Die Granitarbeiter des Fichtelgebirges haben der Verbandsleitung sofort Mitteilung zu machen, wenn sie beim Arbeitsuchen zurückgewiesen werden, weil sie der Fichtelgebirgs-Granitindustrie entstammen.

Aus der Leipziger Steinarbeiterbewegung.

(F. P.) Die Zahlstelle Leipzig unseres Berufsverbandes ist eine der ersten Zahlstellen. Als Vorläufer dieser Zahlstelle ist wohl schon der im Jahre 1863 in Leipzig bestehende Gewerksverein über den nähere Angaben leider fehlen, anzusehen. Am 12. Februar 1872 wurde ein neuer Steinmehrerverein mit 146 Mitgliedern gegründet. Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich Ende April desselben Jahres bereits auf 258. Der erste Kongreß der deutschen Steinmehrer fand Ende Dezember 1872 in Leipzig statt. Der „Verein der Deutschen Steinmehrer“ wurde auf dieser Tagung gegründet. In einer Anzahl Städte bildeten sich Mitgliedschaften wie in Leipzig, die unsere heutigen Zahlstellen entsprechen. Obgleich sich dieser Verein unter dem Sozialistengesetz nicht lange halten konnte und wieder einging, verschwand doch der dringende Wunsch nach Organisation nicht. Es bildeten sich neue Mitgliedschaften, sogenannte „Fachvereine“ und bereits im Jahre 1886 hatte sich der Leipziger Steinmehrerfachverein so entwickelt, daß er an Mitgliederzahl und Leistung die hervorragendste Stelle in Deutschlands Steinmehrerbewegung einnahm. Diesen Erfolg verdankte die Organisation der unermüdbaren Arbeit einer Anzahl von Steinmehrer, unter denen sich u. a. auch die heute noch lebenden Kollegen Franz Lingelbach (63 Jahre) und Ernst Böß (64 Jahre) befinden. Im Jahre 1887 waren mit Ausnahme weniger „schwarzer“ Elemente die gesamten in Leipzig arbeitenden Steinmehrer organisiert. Infolge eines Streikes wurde der Fachverein von der Polizei aufgelöst! Unter den dann verhafteten Vorstandsmitgliedern befanden sich auch die beiden bereits genannten Kollegen Lingelbach und Böß, die mit zwei Wochen Gefängnis bestraft wurden. Im Jahre 1891 gründeten die Steinmehrer abermals einen neuen Verein. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 228.

Ende der 90er Jahre wurde der Kunststein auch in Leipzig stärker eingeführt, und die Folge war größere Arbeitslosigkeit, wodurch die Mitgliederzahl zurückging. 1902 wurde bekanntlich der „Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands“ aus der losen Vertrauensmännerorganisation gebildet und trat mit dem 1. Januar 1903 in Funktion. Die Fachvereine liquidierten und an deren Stelle traten nunmehr die Zahlstellen. Der Stundenlohn betrug in den Jahren 1891—1895 45 Pf. bei 9 Stunden tägiger Arbeitszeit. Es herrschte jedoch das Affordsystem; in Tagelohn wurde in den seltensten Fällen gearbeitet. Im Afford wurde der Tagelohn nicht erreicht, es wurde durchschnittlich ein Jahresverdienst von ungefähr 934 M. erzielt. In diesen Jahren arbeiteten zirka 350 Kollegen in Leipzig. In den Jahren 1896—1903 erhöhte sich der Durchschnittsverdienst bei neunstündiger Arbeitszeit auf 1005 M. pro Jahr. Im Jahre 1903 arbeiteten zirka 158 Mann. In den Jahren 1903—1909 wurde ein Durchschnittsverdienst von 1210 M. erreicht. Im Jahre 1911 betrug der Stundenlohn bei achtstündiger Arbeitszeit 75 Pf.; gearbeitet wurde hauptsächlich im Afford. Nach der Revolution schloß sich die Marmorarbeiterzahlstelle, die bereits früher einmal mit den Steinmehrer eine Zahlstelle bildete, wiederum an. Die Mitgliederzahl, die in den letzten Jahren stark zurückgegangen war, wuchs dadurch auf 124 Mitglieder an. Aus diesen Zahlen sind in Bezug auf die Bunttauglichkeit und Verwendung des Natursteins allerhand Schlüsse zu ziehen. Die Zahlstelle Leipzig war bis jetzt auf jedem Verbandstag durch einen

Bereinsgründung.

Wenn sich drei gedanklich gleichen, sehen eine Sache ein, gründen sie nach kurzen Reden zweckbestimmend 'nen Verein.
Einer trägt die Vorstandswürde, und der andere der kassiert, und der dritte, der berichtet mit der Linde, was passiert.
Als die erste Requisite wird ein Stempel fabriziert, weil die gute, hohe Achtung nur gestempelt imponiert.
Mitgliedskarten und auch Wappel folgen der genannten Tat; denn ein Mitglied wird nur zahlen, wenn's was in den Händen hat.
Also ist das Kind geboren, man benamset es (c. V.). Ob's bleibt leben, ob es stirbt, weiß nur der Kassier' genau.

Meine erste Delegation.

(E.) Bereits 22 Jahre sind verflossen, seit ich zum erstenmal zu einer zentralen Verbandstagung riefte. Der Tagungsort lag in Thüringen. Eine Versammlung meiner Zahlstelle hatte die Delegation gewünscht und mich dazu bestimmt; obgleich ich selber sie nicht für durchaus notwendig hielt und für die Nichtbeteiligung die Kostenfrage als Begründung in den Vordergrund schob. Damals mußte jeder Ort die Kosten für seinen Delegierten selber tragen. Im Vergleich zum heutigen Geldwert waren die Kosten allerdings lächerlich gering, genau wie unser damaliger Wochenbeitrag von 25 Pf. Trotz dieses verhältnismäßig geringen Beitrages war die Zahl der Organisations-Drücker und die Zahl der Restanten größer wie heute. Für die Delegation wurde nun eine Kostenaufstellung gemacht: Fahrt 4. Klasse hin und zurück gleich 18 M., als Speisen pro Tag 4 M., und als Arbeitsentschädigung für eine Woche 24 M. festgesetzt. Einige Kollegen zogen sogar saure Gesichter, daß außer Speisen noch Arbeitsentschädigung vergütet werden sollte. In der Aussprache darüber meinte ein Redner: „Der Delegierte fehlt die volle Woche an seinem Familientisch, die Frau spart dadurch und insolgedessen sind 24 M. pro Woche doch etwas hoch.“ Ich selber sah dabei und sagte nichts, denn ich selber selbst betreffen, sind bei solcher Gelegenheit immer peinlich. Mein Arbeitsverdienst schwankte in jener Zeit zwischen 80 und 86 M. pro Woche. Aber es blieb dann doch dabei, wie die Aufstellung vorsch. Die Delegation kam ganze 80 M. Der Grundsatz erinnere ich mich nicht mehr genau, mehr war es bestimmt nicht.
Bei der Vorbereitung zur Tagung hatte ich doch ein unangenehmes Gefühl, machte mir im stillen Vorwürfe, eine solche wichtige Funktion übernommen zu haben. Die Entschädigung war dann wieder, daß ich mich nicht dazu gedrängt hatte. So ist es mir in späteren Jahren oft gegangen; es war mir dann immer ein Trost, mich nie in etwas hineingedrängt oder gar in den Vordergrund geschoben zu haben. Diesen Grundsatz hatte ich heute noch hoch und lasse mich darin nicht beirren, wenn andere auch noch so sehr von der Wichtigkeit und Nützlichkeit ihrer eigenen Persönlichkeit überzeugt sind. Beim Reiseantritt wurde nun der Sparsamkeit halber nachts gefahren; es war eine elende Kumpel. Hatte mich in eine Ecke gedrückt und war mit dem Voratz eingestiegen, während der langen Fahrt meine Gedanken ausschließlich auf die Tagungsordnung des Kongresses zu konzentrierten. Doch diese Unmöglichkeit empfand ich recht bald; einnicken war auch nicht möglich, weil der Zug auf jeder Quersicht hielt. Ich stellte dann Betrachtungen an über den alle paar Stationen wechselnden Dialekt der Ein- und Aussteigenden; zwischen diese Betrachtungen schob sich ohne mein Willen die Tagungsordnung, ferner die Vorstellung, die ich mir von dem Tagungslokal und von den führenden Kollegen machte. Recht

trauses Zeug wirbelte während der Fahrt in meinem Schadel durcheinander. Neben mir saß ein junger Mann, der bei jeder Station aufgeregt ausbrach, um ihren Namen zu erspähen, der wurde dann sein jäuberlich notiert. Ich seine Dual zu beenden, gab ich ihm schließlich mein: Kurzbuch, das Abschreiben war so sicher und richtiger. Eine Abwechslung war, daß man sich auf den größeren Stationen mit längerem Halt ohne besondere Vorsicht auf seinen Hut, Mantel und Reiseutensilien auf dem Bahnsteig ergehen konnte. In jener Zeit wurde das Reisegeld anderer Leute mehr respektiert wie heute, und wer beim Aussteigen gar etwas hatte liegen lassen, konnte fast immer mit Sicherheit rechnen, es wiederzubekommen. Heute ist das alles anders geworden. Man sagt, es kommt vom Krieg mit seiner demoralisierenden Wirkung auf die Auffassung von Mein und Dein, kommt von der Entbehrung, dem Wucher, der Schieberei usw. Doch die Tatsache besteht, daß die Achtung für des Mitreisenden Gut nicht mehr vorhanden ist, und danach muß man sich jetzt auf der Eisenbahn einrichten. Die Unterhaltung während der Fahrt war durchaus unpölig, war ganz harmlos; ich hatte einigemal versucht, mein Licht leuchten zu lassen, begegnete aber nur ganz unverständlichen Gesichtern, die mich anstarrten, als wenn ich englisch redete. Man hörte selbstredend kein Schimpfen auf die Regierung, nichts von den Ministergehaltären, nichts von Verrat von Führern, nichts von Schwoh und Eipo, nichts von Teuerung und Preise. SPD, USV, KPD, waren damals unbekannte Faktoren. Das Wort „Bonge“ schlummerte auch noch unentdeckt in der Kirchengeschichte. Und so fehlte dem Unterhaltungsstoff in der 4. Klasse die jetzt vorhandene und nicht selten überflüssige Kräftbrühe. Der Zugführer sah einmal in das Aupsee hinein und trotz seines kurzen Auf- und Zumachens der Tür hatten sich nach meiner Erinnerung mindestens die Hälfte der Reisenden von ihren Sitzen erhoben, ich vermute aus Achtung; das war der Untertanengeist vor jeder Uniform, vielleicht war gar die Veranlassung das rote Wandeltier des Zugführers, das will ich dahingestellt sein lassen.

Endlich war ich am Ziel, früh gegen 6 Uhr. Auf dem Bahnhof wurde ich noch bekannt mit einem recht verschlafenen Aussehenden, der war auch nachts gefahren und stürzte nun auf dem Bahnhof hin und her; war ein Delegierter aus Bayern. Seine schon buntgestrichelte Reisetasche aus Großvaterszeiten sehe ich heute noch, sie erweckte damals in mir heimliche Gefühle, denn gerade so ein Ding hatte mir einige Jahre vorher meine Mutter bei einer Reise zurechtgelegt und es hat vieler Worte von mir bedurft, ehe sie etwas gekränkt davon abließ. Kurz und gut, wir beide tröckten dann durchs Städtchen nach dem Tagungslokal, unterwegs mußte ich einigemal die bunte „Taschn“ halten, weil der Kollege mit großer Umständlichkeit eine Priese nahm, ihm war ganz unbegreiflich, daß ich jedesmal dankend ablehnte solch schwarzes Zeug in mein Nieborgan zu schieben. Im Lokal angekommen, war die Bekanntheit schnell gemacht. Die Verbandsgrößen sahen jedoch alle anders aus, wie ich sie mir im brieflichen Verkehr vorgestellt hatte. Das geht einem ja oft so im Leben, daß die Wirklichkeit alle gemachten Vorstellungen und Illusionen unwirkt. Die Verhandlungen begannen, alles wickelte sich recht glatt ab, der gewählte Verhandlungsleiter hielt eine Eröffnungsrede, gepflicht mit fächstischen Ausdrücken und Kraftworten, aber sie imponierte mir gewaltig; mit außerordentlicher Lebhaftigkeit gebrauchte er darin Stellen aus Hellamys Rückblick aus dem Jahre 2000, zum Beispiel den Konfurrenzkampf der Kapitalisten und die Bedeutung der Sozialpolitik für die Arbeiter, im Vergleich mit dem Karrenziehen auf gepflasterter und ungepflasterter Straße. Diese Darlegung hielt alle Delegierten im Bann. Hinter mir saß ein Zeitungsberichterstatter, der hatte dabei die Maulsperr bekommen, denn er verzag beim Zuhören sogar das Schreiben. Hinterher murmelte er einigemal: „Ganz famos!“ Doch was soll ich noch weiter in den Erinnerungen herumtrampeln? Kann nur sagen, daß die Sachsen die Tagung beherrschten. Sie entwickelten alle eine Redegabe, die mich als Norddeutscher einfauch verblüffte. Die übrigen Delegierten kamen nach meiner Erinnerung nicht recht zur Geltung. Das war schon erklärlich, denn

in Sachsen war der Kern, die Mehrzahl der Organisationsmitglieder und tüchtige Kräfte und Köpfe waren in Sachsen tatsächlich vorhanden. Die Einheitlichkeit ihrer Stellung war direkt auffallend. Fraktionsfingungen gab es damals noch nicht, aber eine vorherige Verständigung untereinander hatte jedenfalls stattgefunden. Den Eindruck habe ich heute noch, daß alle Sachsen recht geladen waren gegen den Organisationsgeschäftsführer. Ihre Kritik und ihre Beurteilung seiner Leistung war deshalb recht engherzig und kleinlich. So wurde ihm scharf angekreidet, daß er neben seiner Funktion noch ein Stadterordnetenmandat inne hatte, seine Reisen wurden beurteilt wegen der Kosten, eine Gehaltshöhung wurde fürgerhand abgelehnt, es blieb bei jährlich 1800 M. Wohl beschloß man die Anstellung eines Kassierers, aber die nach meiner Meinung ebenso notwendige und von einem Delegierten vorzüglich begründete Verbandsform wurde unbegreiflicherweise abgelehnt. Die Großzügigkeit ließ zu wünschen übrig, sie hat noch lange der Steinarbeiterorganisation gefehlt; einige Kollegen behaupten sogar, sie fehle heute noch! Die Kleinlichkeit, mit der im Laufe der Jahre manche Organisationsfrage oder sonstige Änderungen behandelt wurden, hat ihren Ursprung darin, daß die Steinarbeiter seit jeher ein recht kritisches Volkchen waren und es heute noch sind, ihre Arbeitsstätten und Arbeitsart bringt es wohl so mit sich, daß sie im Umgang oft ebenso eckig, spröde und scharfkantig sind wie die Steinbrocken, denen sie form und Ansehen geben.

So lernte ich vor 22 Jahren die Größen in unserer Steinarbeiterbewegung persönlich kennen. Davon leben heute leider nur noch wenige. Trotzdem dieser für mich erster Kongreß mir keine rechte Verliebigung gab in seinem Extrakt, habe ich von der Tagung doch manche wertvolle Anregung mitgenommen. So wird es sicherlich den meisten Kollegen ergangen sein, die zum erstenmal auf einem Verbandstag weilten. Darin ist nun heute auch eine Änderung eingetreten, wenigstens in der Wertschätzung von Wissen, Können und Erfahrung. Maßgebend scheint heute mehr das Wort, auch wenn nicht viel dahinter steht.
Denke ich in diese verhältnismäßig kurze Spanne Zeit von 22 Jahren zurück, dann hat die Organisation der Steinarbeiter manche brauchbare Kraft verloren. Alle, die ich als solche kennen und schätzen gelernt, haben ihre Familieninteressen stets den Arbeitern, den Organisationsinteressen untergeordnet. Die Bewegung und ihre Ziele war ihnen alles! Ihr Wirken auf unserer Organisationshöhe war jedoch immer nur recht kurz, weil die entsetzliche Berufsfrankheit sie alle vorzeitig in die Kullissen zurückwarf. Aber der Geist dieser Kollegen, ihre Willenskraft und ihr aufrichtig ehrliches Streben für das Beste der gesamten Steinarbeiter, wird hoffentlich auch die Tagung beherrschen, die am 22. Mai 1922 in Leipzig eröffnet wird als 9. Verbandstag.

Epigramme.

Harter Stein auf harten Stein, gibt keine Mauer,
Weicher Mörtel mittenein, gibt erst die Dauer.
Willst du, daß wir mit hinein in das Haus dich bauen,
Laß es dir gefallen, Stein, daß wir dich behauen,
Fr. Rücker.
Fleiß üben, das heißt nicht, mit Niesenstärke
einen Steinblock aus einem Felsen schlagen,
Sondern täglich zum großen Werke
Auf dem Haupte die Steine tragen.
Lerne kämpfen, statt weinen!
Den harten Stein zerschmettern,
Das kann man nur mit Steinen
Und nicht mit Rosenblättern.
Frieda Schanz.

Delegierten vertreten. Der Verbandstag 1922 wird der erste sein, auf dem Leipzig keinen hat. Es ist dies nicht allein auf den Rückgang der Sandsteingruppe zurückzuführen, sondern die Rauheit bei der Wahl hat das Unterliegen des Leipziger Kandidaten verursacht.

Rundschau.

Soziales. Tuberkulose und Prostitution. Auf die große Gefahr der Infektion mit Tuberkulose durch die berufsmäßige Prostitution ist bisher noch nicht aufmerksam gemacht worden. In der Berliner klinischen Wochenschrift weist Dr. Samson auf diese Gefahr hin. Im Jahr 1914 waren unter 1300 Kontrollmädchen auf der Untersuchungsstation der Berliner Sittenpolizei 10 Prozent mehr oder weniger stark tuberkulös. Besonders groß ist die Gefahr der Uebertragung der Tuberkulose durch die Jugendlichkeit der Befragten. Samson fordert deshalb die Ausdehnung der Gesundheitskontrolle auf die Tuberkulose. Doch hat sie nach rein ärztlichen Gesichtspunkten stattgefunden und ist von der Polizei loszulösen.

Familienversicherung. Die Einführung der Familienversicherung ist jetzt in Groß-Berlin durch Vertragsabschluss zwischen Krankenkassen und Ärzten gesichert. Leider gehören die Städte, in denen eine Familienversicherung besteht, immer noch zu den Ausnahmefällen. Eine Erhebung des badischen Arbeitsministeriums ergab, daß von 370 Krankenkassen nur 20 Prozent Familienhilfe gewähren. Die Ausgaben betragen 8 Prozent der übrigen. Danach werden die Ausgaben bei einer gescheiterten Einführung der Familienhilfe in ganz Deutschland von Dr. Alfons Fischer-Karlruhe in der Münchener medizinischen Wochenschrift auf 300 Millionen heutiger Papiermark berechnet. Diese sollen zu einem Drittel durch das Reich, zum anderen durch die Länder und Gemeinden, zum letzten durch die Krankenkassen getragen werden. Damit würde auf die Arbeitnehmer nur ein Sechstel entfallen, eine Leistung, die von allen Arbeitern im Hinblick auf die große soziale und gesundheitsliche Bedeutung gern getragen würde.

Bildung und Verbrechen. Man hat den Einfluß der Bildung auf die Kriminalität früher sehr überschätzt. Man hoffte früher durch Bildung und Belehrung des Volkes die Verbrechen beseitigen oder vermindern zu können. Das Resultat war aber das, daß trotz der Abnahme der Analphabetenziffer und trotz starker Steigerung der Bildungsausgaben die Kriminalität nicht abgenommen, sondern zugenommen hat. Bildung ist nicht unter allen Umständen ein Schutz vor Verbrechen. Maßgebend sind die sozialen Verhältnisse. Und wenn die höhere Bildung auch vielfach vor Verbrechen bewahrt, so deshalb, weil diejenigen, die die höhere Bildung besitzen, in der Regel auch aus besseren sozialen Verhältnissen stammen. Auch die Wissenschaft wächst damit immer mehr hinein in die von uns schon immer vertretene Auffassung, daß das Leben die Menschen macht und daß die Sittlichkeit nur um so mehr wächst, je mehr sich die sozialen Lebensverhältnisse entwickeln.

Soziale Lage und Verbrechen. In einer großen Strafanstalt Westdeutschlands sind statistische Erhebungen angestellt worden, von denen 753 Gefangene erfaßt wurden. Es wurde ermittelt, in welchem Verhältnis die Wohnungsverhältnisse zu den Verbrechen standen. Und da hat man gefunden, daß der größte Teil der Gefangenen zu den Armen gehört, die nicht einmal einen Raum für sich beanspruchen konnten. Die gleiche Bedeutung der Wohnung wurde auch festgestellt, als man zu ermitteln versuchte, unter welchen Wohnungsverhältnissen die Gefangenen ihre Jugendzeit verbracht hatten. Weit über die Hälfte von den Gefangenen gehörte zu jenen Proletariats, die nicht einmal ein Zimmer für sich besaßen, das heißt, bei denen auf den Kopf der Familie nicht ein Zimmer kam. Und diese Entbehrten stellten die bei weitem meisten Diebe, Diebstahl, Diebstahl usw. Dieses Beispiel zeigt auch wieder einmal, daß die Sünde nicht in der Brust liegt, sondern daß sie draußen im Leben wohnt. Soziale Lebensverhältnisse sind die erste Voraussetzung zur sittlichen Kultur. Interessant ist auch die Tatsache, daß die meisten politischen Verbrechen diesem elenden Milieu entstammen. Das Sammerbassin hatte in ihnen nicht nur die Erkenntnis gewedt von der Annatur des sozialen Lebens, sondern auch Erbitterung und Haß, der vor nichts mehr zurückschreckte. Je mehr wir die soziale Wurzel des Verbrechens durch unseren Kampf beseitigen, um so mehr sind wir die Förderer der sittlichen Menschheitskultur.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Folgende Zahlstellen haben bis zum 15. Mai die Abrechnungen des 1. Quartals noch nicht eingekandt:

1. Gau: Bremen, Gollnow.
2. Gau: Beuthen, Tiefenfurt, Landeb.
3. Gau: Weimar.
4. Gau: Eichershausen, Münchshagen, Volkmarfen.
5. Gau: Bonn, Reanderthal, Steeden, Wülfrath.
6. Gau: Schweisweiler.
7. Gau: Bamberg, Bireth.
8. Gau: Obermendig, Weilmünster.

Mit dem Tätigkeitsbericht sind den Zahlstellen eine Broschüre „Der Gesundheitschutz im Betriebe“ von Professor Dr. Sommerfeld und weiter für jedes weibliche Mitglied eine Broschüre „Der Frauenhaus“ von Wilhelmine Köhler überwiesen worden. Die Kolleginnen müssen diese Broschüre von der Ortsverwaltung verlangen.

Ausschlüsse. Auf Antrag der Zahlstelle Wirsberg wurden die Steinbrucharbeiter N. Hüttner und Karl Heerth wegen Streikbruch ausgeschlossen. Auf Antrag der Zahlstelle Hammelbach (Odenwald) der Hilfsarbeiter Georg Maurer und der Steinhauer E. Schäfer wegen Nichtbeachtung eines Versammlungsbefchlusses für den 1. Mai.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Beuda. Die Verbandsmitglieder und Zahlstellen werden gewarnt vor dem Steinmeh Johann Anekberger, Nummer 2136; er hat keine Logiswirtin, ferner unser Verbandslokal, und außerdem einen Kriegesblinden außerordentlich gebrandschätzt. Die Summe beläuft sich insgesamt auf über 2000 M. Seine Arbeitskollegen mögen dahin wirken, daß diese Angelegenheit recht bald geregelt wird. Im übrigen Vorwärts!

Richard Adler, Kassierer.

Karlsruhe (Baden), 6. Gau. Die Zahlstellen des Gaubezirks Karlsruhe werden ersucht, dringende Korrespondenzen während der Tagungen des Verbandstages in Leipzig (21. Mai und folgende Tage) an mich nach dort unter der Adresse: „Verbandstag des Zentralverbandes der Steinarbeiter, Leipzig, Zeißer Straße 30/32“ gelangen zu lassen.

Frankfurt a. M., 9. Gau. An weiterer Unterstützung des inhaftierten Kollegen Julius Weder aus Kinn gingen ein: Zahlstellen Mayen 1531 M., Wölferbütt 250 M., Koblenz 50 M., Trier 154.50 M., Nachelshausen 45 M., Lollar 100 M., zusammen 2180.50 M. Mit dem bisher Quittierten zusammen 5651.50 M. Den übrigen Zahlstellen des 9. Gau, die sich an der Sammlung bisher noch nicht beteiligt haben, wird zur Pflicht gemacht, ebenfalls ihre Solidarität zu bekunden und für Unterstützung des Kollegen und seiner Familie, sowie zur Bestreitung der Kosten für das in Aussicht stehende Wiederaufnahmeverfahren ihr Scherflein beizutragen.

Die Gauleitung: A. Menges.

Magdeburg. Auf Versammlungsbeschlus ist das Umschauen der arbeitssuchenden Kollegen auf den einzelnen Plätzen untersagt. Jeder arbeitslose Kollege hat sich beim Vorsitzenden Karl Reineke, Bahrendorfer Straße 14 zu melden. Nur durch diesen beruflichen Arbeitsnachweis wird Beschäftigung vermittelt. Zuwiderhandlung zieht Ausschluß aus dem Verbands nach sich. Der Zahlstellenvorstand.

Quittung

über eingegangene Gelder vom 22. April bis 13. Mai 1922.

Jarmen Inf. 24.—, Sandhübel M. 20.—, Wismar 45.—, Guben 199.—, Eijenach 1707.10, Edenstetten 200.—, Feigenbrüden 188.10, Lübeck 1973.60, Löbau 16 658.05, Langenaubach 1754.—, Neuforg 1830.40, Ostrik 818.—, Rößbach 3320.60, Rammelsbach 20 000.—, Stettin 2136.40, Waren 506.20, Wölferbütt 907.—, Strehlen 14 554.60, Seifersbach 14.—, Landstuhl 98.—, Raumburg Inf. 18.—, Fricklar Inf. 30.50, Tegernau Inf. 42.60, Wölferbütt 4981.71, Striegau 51 504.25, Speyer 133.90, Röß b. d. Rh. 1694.55, Rindmach 2445.40, Mellenbach 13.65, Rauert 1868.30, Markbreite 2114.50, Groß-Steinhain 570.—, Müpphausen 11.20, Geminden 1381.75, Gefrees 1986.80, Grünfeld 2145.90, Fünftengell 2151.80, Eiterhagen 3123.30, Dossenheim 1120.20, Dürthheim 1405.50, Wobengrün 821.20, Altwartbau 2558.—, Königswalde 3.—, Dennig 71 691.05, Althenham 6172.55, Eichershausen 4800.—, Fiedlingen 1252.80, Gr.-Kunzenhof 1722.60, Höpfingen 764.70, Rößbach 2605.—, Ohjenfurt 2103.—, Reichenbach i. Schl. Inf. 20.50, Bremen Inf. 60.—, Beucha 7616.—.

Vorstehende Beträge kommen noch auf das 1. Quartal 1922 zur Verrechnung.

Altendorf 2200.—, Landsberg 417.60, Langenaubach 700.—, Lendorf 5222.75, Metten 1400.—, Römshild 800.—, Steinau 5629.10, Treuchlingen 4080.90, Trossenfurt 2000.—, Wünschelburg 1469.60, Wulsdorf 1055.90, Wiesbaden 1278.20, Detmold Inf. 28.50, Stettin Inf. 24.50, Wotho Inf. 22.—, Sangerhausen 132.50, Kaufa 91.—, Eijenberg 84.—, Wiesensteig 52.—, Kirchheim 15.—, Weiterdingen 1246.—, Schwerin 419.60, Mosheim 3492.30, Greifswald 741.—, Coblenz 603.40, Raunen 13 140.10, Arnstadt 433.70, Cröbitz Inf. 24.50, Duisburg Inf. 30.50, Halle Inf. 20.50, Nienburg 85.—, Marienberg 36.—, Peine 196.—, Bremen Inf. 24.50, Dödelshelm 1749.88, Hasserode 4540.20, Sohfeld 1436.10, Kaiserhammer 3172.40, Maglein 398.60, Leufschütz 102.90, Bad Lausitz 104.—, Moosach 96.—, Reichenbach (Schl.) Inf. 18.50, Helzen Inf. 81.—, Dresden Inf. 23.—, Zittau 125.50, Tuntzhendorf 1000.—, Reinheim 2750.—, Reistenhausen 422.—, Jbbensbüren 2824.30, Jannowitz 1459.—, Geilfinau 9.80, Veerwaldermühle 258.20, Arnsdorf 9309.—, Augsburg 6150.—, Eilenburg 29.—, Sameln Inf. 30.—, Chemnitz 10.—, Wächitz 840.—, Schadeb 1740.20, Spreitz 15.50, Neuhaus 2237.50, Letmathe 1232.80, Künzbach 162.60, Hagenberg 7844.10, Hahnfurt 45.20, Floß 11 139.40, Elberfeld 382.90, Amorbach 206.—, Bad Hilsing 12.50, Birkwald Inf. 77.50, Gutsrau Inf. 30.50, Waldenburg Inf. 24.50, Löbejün Inf. 60.—, Riga M. 24.—, Al.-Räpchen 87.—, Stadtilm 30.—, Siegen 30.—, Falkenberg 100.—, Bad Lausitz 143.—, Nienburg 655.—, Dunsau 1874.90, Bennigsen 506.80, Breitenborn 2480.95, Rirn 8061.30, Mühlhausen i. Th. 3120.—, Ober-Bessingen 1021.20, Sangerhausen 1921.15, Schmalhalden 412.—, Wildemann 1000.—, Pappendorf 135.60, Wildschütz 5000.—, Theuma 1788.40, Stralsund 168.—, Grimma 6000.—, Gierzhagen 1018.—, Gommern 10 292.60, Kiel Inf. 65.—, König 91.—, Nonnenbach 51.—, Montabaur 57.—, Eningen 35.—, Dreblau 70.—, Northelm Inf. 17.50, Frankfurt a. M. 6000.—, Wobenaufen 4322.40, Odernheim 1311.60, Oberwiesien 753.80, See 1967.10, Schupbach 60.—, Weithofen 576.20, Weholt Inf. 144.50, Obermendig 5691.10, Gumbelshelm 891.40, Wannheim 4000.—, Solingen 795.—, Berlin (R. A. f. V.) 1251.25, Hamburg Inf. 36.50, Leisnig Inf. 18.50, Hannover Ztg. 7.—, Köchlich Ztg. 8.—, Berlin (R. A. f. V. St. 3.) 105.—, Volkmarfen 2928.—, Landsberg 500.—, Goldberg 3200.—, Wlebsen 4757.50, Lenktrich 52.—, Beucha 8000.—, Dornap 1806.80, Dehansfees 96.30, Gummersbach 44 991.60, Landsberg a. W. 97.90, Quedborn 1000.—, Villingen Inf. 32.50, Brandenburg Inf. 64.50, Lenktrich 70.—, Arnswalde 98.—, Fallersleben 28.—, Reichenbach i. Vogt. 156.—, Annaberg 109.—, Saasen 400.—, Detmold Inf. 9.—, Froburg 2711.50, Cunenwalde 4182.35, Waalsdorf 28.—, Neustettin 175.50, Hölzenhausen 1754.20, Burgstädt 2000.—, Aßbach 82.—, Berlin 19 241.80, Rößdorf 3287.60, Spreitz 36.50, Tangermünde 169.—, Freiberg 65.—.

Ludwig Geist, Kassierer.

Mitgliederbewegung im 1. Quartal 1922.

Zugang:	
Bestand am Schluß des 4. Quartals 1921	46 909 Mitgl.
Eingetretten im laufenden Quartal	2 744 „
Uebergetreten von anderen Verbänden	1 228 „
Zugereist in den Zahlstellen	372 „
	51 253 Mitgl.

Abgang:	
Im laufenden Quartal ausgestiegen	941 Mitgl.
Wegen rückständigen Beiträgen gestrichen	152 „
Laut § 3, Abs. 5 b ausgeschlossen	9 „
Zu anderen Organisationen übergetreten	1 308 „
Abgereist aus den Zahlstellen	819 „
Im 1. Quartal gestorben	82 „
	3 311 Mitgl.

Bestand und Zugang	51 253 Mitgl.
Abgang	3 311 „
Bestand am Schluß des 1. Quartals 1922	47 942 Mitgl.

Davon waren weibliche Mitglieder	1 046
Arbeitslose am Schluß des Quartals	109

Adressenänderungen.

3. Gau.
Chemnitz. Vorf.: Felix Kunath, Zwidauer Straße 138 IV.
Oberdorf (Thüringen). Vorf.: Heinrich Barthel, Lange Straße 150.
4. Gau.
Hasserode. Vorf.: Adolf Schneebogt, Insel Nr. 9. Raff.: Hermann Möbius, Amfeldstraße 38.
5. Gau.
Tönisheide. Vorf.: Aug. Prinz, Wülfrath, Schlußpöthen 9. Raff.: Hermann Hübner, Wülfrath, Auswärts 196.
6. Gau.
Siedelsbrunn (Odenwald). Raff.: Adam Ehret.
7. Gau.
Krinzell. Vorf. u. Raff.: Josef Riedl, Saderreuth, Post Wühlberg (Niederbayern).
8. Gau.
Pappenheim (Mittelfranken). Vorf.: Heinrich Hertlein. Raff.: Ludwig Huber, Nr. 132.

Briefkasten.

Danzig, Czaja. Alle Marken von 1921 gibt es nicht mehr.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Wilbrandt, Prof. Dr. Robert: Konsumgenossenschaften (Gemeinschaftskultur Heft 3) Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Inf. Franz Mittelbach, Stuttgart). Brosch. 10 M., Kart. 12 M.

Neues für Bücherliebhaber. Der erste Almanach des Volksverband der Buchfreunde 1921/22 liegt vor uns. Er enthält wertvolle Beiträge bekannter Schriftsteller und ist mit Illustrationen aus verschiedenen Werken des Verlages geschmückt. Klarer, scharfer Druck auf holzfreiem Papier trägt einen wertvollen, bisher unerschöpflichen Inhalt. Das kleine Werk ist das Spiegelbild der eigentlichen Schöpfungen dieses, seit drei Jahren bestehenden V. d. B. In der Verbreitung wirklich guter Bücher — ewig lebender Literatur — sieht er seine Aufgaben. Dauerhaftes Mate-

rial Buchdruck angewandt, besteht den Büchern ein äußerst geschmackvolles und ansprechendes Aussehen. — Preis des Almanachs 7.50 M. (Volksverband der Buchfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H. Berlin W 50, Rankestraße 34.)

Protokoll vom 1. Gewerkschaftstages des Afa-Bundes in Düsseldorf am 2. und 3. 10. 1921 — 135 Seiten — Preis 24 M.; für Mitglieder der Afa- und Afa-Organisationen 15 M.

Das „Reichsmietengesetz“, für die Allgemeinheit von einschneidender Bedeutung, bringt sowohl für den Mieter als auch für den Vermieter viel neue Bestimmungen, zu deren Durchführung der einfache Wortlaut des Gesetzes nicht ausreicht wird. Ein zuverlässiger Helfer für die praktische Anwendung des Gesetzes ist der soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, auf Grund des amtlichen Materials erschienene „Kommentar zum Reichsmietengesetz“ von Hans Krüger, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium. (Ladenpreis gebunden 20 M., gebunden 30 M.)

Karl Marx: „Die Inauguraladresse der internationalen Arbeiter-Association“. Uebersetzt von Luise Kautsky. Herausgegeben und kommentiert von Karl Kautsky, 1922. J. G. W. Dietz Nachf. Stuttgart und Buchhandlung Vorwärts, Berlin. (10 M.)

Ans der Betriebsrätepraxis. 1. Teil. Von Clemens Körpel, Sekretär der Betriebsrätezentrale des Afa-Bundes und des Afa-Bundes (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Ladenpreis 15 Mark). Kein Gesetz der Vor- und Nachkriegszeit nimmt einen so breiten Raum im Rechtsleben ein und beansprucht in gleichem Maße die dauernde Aufmerksamkeit aller Schaffenden wie das Betriebsrätegesetz. Die Eigenart dieses Gesetzes, das zwischen der sozialkapitalistischen Wirtschaftsordnung und der so erstrebenden sozialistischen Wirtschaft einen allerdings noch unzulänglichen Uebergang bildet, bringt es mit sich, daß unzählige Auffassungsunterschiede und Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern bestehen. Es entspinnt sich ein ununterbrochenes geistiges Ringen, in dem es für den Betriebsrat wie überhaupt jeden Arbeiter notwendig ist, das Gesetz in allen seinen Einzelheiten, in der bisher geschenehen praktischen Anwendung und Auslegung, sowie in seinen Ausbaumöglichkeiten genau zu kennen. Neben Platons Kommentar zum Betriebsrätegesetz wird daher jeder Betriebsrat das vorliegende Buch bedürfen, das in Sinn und Wesen des Gesetzes einführt und auch dem erfahrenen Betriebsrat wertvolle Aufschlüsse gibt. Es zeigt die Systematik des Gesetzes, sowie seine Gliederung und bringt in dieser Form alles, was jeder vorwärtstrebende Arbeitnehmer über die ihm aus dem Gesetz zutreffenden Rechte, Pflichten und Möglichkeiten wissen muß. Der demnächst erscheinende, ebenfalls für sich abgeschlossene zweite Teil des Werkes wird in geordneter Darstellung eine Sammlung von Urteilen, Bescheiden, Entscheidungen und Schiedssprüchen enthalten, wie sie die Rechtsprechung und Auslegung des B.R.G. zeitigte. Mit Hilfe dieses Materials ist es möglich, sich bei allen Streitigkeiten auf den Inhalt und Sinn bereits entschiedener Streitfragen zu stützen und zur Vereinfachung der Rechtsprechung beitragen zu können. Nörpels Aus der Betriebsrätepraxis, Teil 1 und 2 muß sonach in jedem Betriebe zu finden sein, von jedem Betriebsrat, jedem zielbewußten Arbeitnehmer gebraucht werden.

„Betriebsrat und Arbeitswissenschaft“. Eine arbeitswissenschaftliche Besprechung an der Berliner Betriebsräteschule. Herausgegeben von Hans Krauß, Lehrer an der Betriebsräteschule Groß-Berlin. Unter Mitwirkung von Fritz Friede, Leiter der Betriebsräteschule Groß-Berlin, Dr. Liebenberg, Direktor des Berufsamtes der Stadt Berlin und andern. Mit zahlreichen graphischen Darstellungen und einer Kunstdruckbeilage Preis brosch. 25 M., geb. 35 M. einschl. Verlagssteuerzuschlag. Verlag: Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Fichtelau bei Berlin.

In der Schrift werden die Vorteile, wie auch die Nachteile des Lohnsystems, wie sie sich nach dem Stande der Erfahrungen in diese komplizierte Frage, namentlich deshalb, weil sie auch dem Nichtfachmann völlig verständlich ist und gehört sie aus diesem Grunde in die Hände eines jeden Gewerkschaftsbeamten und Betriebsrats. Sie wird aber auch den gewerkschaftlich und andern organisierten Arbeitern und Angestellten ein wertvolles Hilfsmittel zum Verständnis dieser wichtigen Zeitfragen sein.

Anzeigen

Biegler's Schriftzeichnerel
Eisen (Hessen), Ricker Straße 37
Lehr- und Schriftmuster 50 Mark.

Walter Tausch, Niederoderwis (Sa.)
empfiehlt den Steinarbeitern seine bewährte
Lederhosen
Angabe der Bundweite und Schrittlänge
genügt für guten Sitz.
Musterverkauf zur Zeit unmöglich.

Steinmehken auf Hesselberger Sandstein (Bauarbeit) für dauernde Arbeit gesucht.
Fritz Schneider, Althagen i. d. Springe

Steinmehken, 2 Brecher,
2 Kipper stellt gegen hohen Lohn sofort ein
Grosenburger Sandsteinbrüche,
Karl Meier & Sohn, Detmold i. Lippe.
Suche für sofort und dauernd mehr tüchtige
für Aufgussarbeiten und Marmor, in Grab- und Kriegerdenkmäler bewandert.
Gottlieb Ott, Bildhauer, Herborn (Raff.)

Tüchtige Schärfe Schmiede
werden für größeres Werk der Stein-Industrie Nordbayern gesucht. Wohnung evtl. vorhanden. Vereinigte Fichtelgebirgs-Granit-, Eysen- und Marmor-Werke, Aktien-Gesellschaft, Wunsiedel (Bayern).

Für sofort gesucht tüchtiger
Steinmehkpolier
u. mehr. **Granitsteinmehken**
Class, Granit- und Eysen-Werke (vormals Friedrich Hagelauer)
Inhaber Paul Fingas, Kiegnitz i. Schl., Zimmelmännstraße 2.

2 Steinmehken, auf Muschelkalkstein gelübt, sofort gesucht. Stundenlohn s. Zt. 23.85 Mark.
Ernst Hörig, Creiz i. Vogt.

Junger Werkzeugschmied
sucht sofort Stellung. Angebote unter
J. Veit, Mannheim G. 2 (15a).

Mehrere tüchtige **Sandsteinhauer u. Brecher** stellt sofort ein. Stundenlohn 18—23 Mark.
Hans Lauer, Orlinghausen (Lippe).

4 Pflastersteinhauer und zeugsmäßig, der spalten kann, finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung bei Alois Oetner, Granitwerk, Tegernau b. Schopfheim i. W. (Baden).

Mehrere tüchtige Marmor- Schleifer sowie Steinmehken gesucht. — Steinwerke Heinrich Hauth, Duisburg am Rhein.

Wir suchen für sofort **Steinmehken** mehrere tüchtige für Denkmalsarbeiten; Schriftschäfer erwünscht. Ebenso mehrere tüchtige **Marmor-Schleifer**.
Suche für sofort und dauernd mehr tüchtige für Aufgussarbeiten und Marmor, in Grab- und Kriegerdenkmäler bewandert.
Gottlieb Ott, Bildhauer, Herborn (Raff.)

10-15 tüchtige Boffierer
auf Jura-Marmor bei Carlshof dauernd gesucht von Jura-Marmor-Werke A. G. & Co., Gumbelshelm b. Treuchlingen (Schwab.). Näheres zu erfragen beim Werksmeister oder beim Vorsitzenden Georg Handhuf.

Tücht. Vorarbeiter, Handhuf, Schleifer, der auch mitarbeiten, für unsere Kleinindustrie-Abteilung, sof. gesucht. Norddeutsche Marmorwerke Hans Köhner & Co. G. m. b. H., Berlin-Weißensee, Schönpfugstraße 11—15.

2 tüchtige Granitsteinhauer für andere Denkmalsarbeiten und ein in Findling-Auffalten bewandertes Granitsteinhauer (auch verheiratet) sofort gesucht. Fritz Kempf, Bildhauer, Villingen i. Bad.

Habe meine ärztliche Praxis von Theodor Hagersten nach Kassel verlegt.
Sprechstunden: 10—12, 30 Uhr vorm.
Fernsprecher: Nr. 83, Amt Rufel.

Dr. med. K. Kiedel, Kusel
(Pfalz), Eisenbahnstraße 60.

Gestorben.
Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einestandt werden.)
In **Bischofsheim** am 6. April der Bohrmeister **Karl Hoffmann**, 44 Jahre alt, Verunsunfall.
In **Hannover** am 3. Mai der Marmor-Schleifer **Ludwig Pfanger**, 67 Jahre alt, Nierenleiden.
In **Striegau** am 6. Mai der Brecher **August Jakob**, 56 Jahre alt, Vulturergiftung.
In **Berlin** am 8. Mai der Sandsteinmeh **Julius Reim**, 46 Jahre alt, Rippenfellentzündung.
In **Ludwigshafen a. Rhein** der Sandsteinmeh **Aug. Walter**, 44 Jahre alt, Lungenleiden.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig.

Der Tätigkeitsbericht der Verbandsleitung von 1920—1921.

Bisher war es üblich, in dem Jahre, wo der Verbandstag stattfindet, einen gedruckten Bericht herauszugeben für die verfloffenen zwei Jahre. Bekanntlich tritt nach einer solchen Zeitspanne der Verbandstag stets erneut zusammen. Ein solcher gedruckter Bericht liegt nunmehr wieder vor; den Delegierten wurde er bereits vor zirka zehn Tagen zugestellt, so daß sie in der Lage waren, sich in die Unterlagen zu vertiefen und diese auf dem Verbandstag entsprechend zu bewerten. Auch der Versand des Berichts an die Zahlstellen ist mittlerweile erfolgt, deren Bestellung, wozu vor längerer Zeit aufgefordert wurde, um die Auflage feststellen zu können, erfolgte nur mangelhaft; doch wurden jeder Zahlstelle je nach ihrer Mitgliederstärke eine entsprechende Anzahl übermiesen (bis 20 Mitglieder ein Exemplar, bis 50 zwei, bis 100 drei und für jedes weitere 100 immer ein Exemplar mehr). Die Verteilungskosten zwingen die Verbandsleitung, die Berichte den Zahlstellen in Rechnung zu stellen. Die Auflage ist nur 2000 Exemplare. Der Herstellungspreis beträgt rund 12 Mark pro Exemplar. — Die Gruppierung des Stoffs im Tätigkeitsbericht ist den früheren angepaßt, ein Inhaltsverzeichnis erleichtert das Nachschlagen zu den einzelnen Kapiteln und so bildet der Bericht mit seinen 88 Druckseiten eine notwendige Schrift, die in keiner Zahlstelle fehlen darf. Am nachstehenden eine kurze Besprechung:

Die Einleitung beschränkt sich auf eine allgemein gehaltene Beleuchtung der Teuerung nach amtlichen Unterlagen. Die Preissteigerung wichtiger Lebensmittel und Bedarfsartikel war im Dezember 1921 bis zum 40fachen Betrag der Vorkriegszeit hinaufgeklüffelt. Sind diese amtlichen Unterlagen auch nichts Unbekanntes durch den täglich benötigten Bedarf, so ist es doch von Wert für spätere Zeiten, wenn so etwas im Jahresbericht festgehalten wird. Der Mitglieder nachweis erstreckt sich nur auf die Angabe des Bestandes am Schlusse der Jahre 1919 und 1921, bringt außer den Zahlstellen auch zusammenfassend eine gawweise und eine Gesamtgegenüberstellung aus den beiden genannten Jahren. 1919: 42 716, 1921: 46 909, also eine Zunahme von 4193 Mitgliedern. Leider fehlt im Bericht der Nachweis der weiblichen Mitglieder, der am Jahreseschluß 1919: 468, 1920: 778, 1921: 1061 betragen hat. — Eine Statistik der Betriebe nach ihrer Art und der in ihr beschäftigten Personen in dem Bereich der beteiligten Zahlstellen ergibt 50 524 Beschäftigte, davon arbeiteten 29 847 in der Hartsteinindustrie, 8042 in Sandstein-, 5568 in Marmor-, 5382 in Kalkstein einschließlich Muschelkalk, 1108 in Lithographiestein- und Schieferbetrieben. Betriebshandwerker, wie Schmiede usw., waren 632 beschäftigt. Von den Beschäftigten arbeiteten 60 Prozent im Zeitlohn, 40 Prozent im Akkord. Von den durch die Erhebung erfassten Steinarbeitern zählten zu unserm Verbands 42 742, zu andern freien Gewerkschaften 2609, Hirsch-Dunderschen oder christlichen Verbänden 3462, unorganisiert 1711 Steinarbeiter. Diese Statistik, sonst gut für den praktischen Gebrauch, hat aber leider nur einen recht problematischen Wert, denn aus der Erhebung geht leider hervor, daß rund 40 Zahlstellen sich daran nicht beteiligten. Diese Zahlstellen sind namentlich aufgeführt, stolz können diese Orte und ihre Verwaltung darauf allerdings nicht sein.

Beachtenswert ist der Mitglieder- und der Zahlstellennachweis nach Ortsgröße, wie plattes Land, Landstädte, Mittelstädte usw. Das prozentuale Verhältnis von 1913 wird dem von 1920 gegenübergestellt:

Table with 4 columns: Ortstyp, 1913 %, 1920 %, Zahlstellen 1920. Rows include plattes Land, Landstädte, Kleinstädte, Mittelstädte, Großstädte.

Diese Ziffern sind beachtlich für unsere Verbandsstruktur und bei der zu leistenden Schulungsarbeit, besonders der Betriebsbetreibungen. Die Ziffern enthalten ferner den Nachweis über die Lage der Natursteinindustrie in den Groß- und Mittelstädten.

Die Kapitel „Verbandspersonalien“ und „allgemeine Tätigkeit“ können wir an dieser Stelle übergehen, müssen von den Kollegen selber nachgelesen werden; denn darin wird bewiesen, daß im Laufe der verfloffenen zwei Jahre viel geleistet wurde, um den Ansprüchen der Mitglieder gerecht zu werden, und zwar in Neuanstellungen und in der Behandlung einzelner anderer Aufgaben. — Ueber die Streikbewegung wird nachgewiesen, daß in den Jahren 1920 und 1921 197 Streiks geführt wurden, inbegriffen sind 9 Ausperrungen; auf 1920 entfallen 79 Streiks und 8 Ausperrungen mit 7428 Beteiligten, darunter 157 weibliche Mitglieder. Auf das Jahr 1921 104 Streiks, 1 Ausperrung mit 11 988 Beteiligten, da-

von 372 weibliche Mitglieder. Insgesamt haben in beiden Jahren 19 411 Mitglieder gestreikt, der Kostenaufwand hierfür war 2 282 645 Mark. Ohne jeden Erfolg waren 7. Der Erfolg der übrigen je nach dem Stande der Teuerung 5 bis 135 M. Zulage pro Woche für den einzelnen Kollegen. — Leider konnte der Nachweis über die Bewegungen ohne Streiks bis zum Druck des Berichts nicht fertiggestellt werden, dadurch fehlt ein äußerst wichtiges Zeugnis von der Rührigkeit und der Stärke des Verbandes. Die Veröffentlichung soll im „Steinarbeiter“ nachgeholt werden, so heißt es im gedruckten Bericht. Jedenfalls ist hier wieder die Säumnigkeit einiger Zahlstellen schuld. Der Verbandstag mag diesen Zustand ernstlich rügen.

Einem umfangreichen und eingehenden Kapitel über Tarifwesen folgt eine werbliche Statistik über die Steigerung der Stundenlöhne vom 1. Juli 1914 bis 31. Dezember 1921. Darin werden für die einzelnen Industrie- (Granitschleiferei, Sandstein usw.) und Beschäftigungsgruppen (Steinmetzen, Brecher, Schleifer usw.) die Löhne vom 1. 7. 1914, 1918, 1919 und vom 21. 2. 1921 und 31. 12. 1921 gegenübergestellt und in einer Sonderliste die Steigerung zahlenmäßig im Endergebnis nachgewiesen. Bringt man nun diese Zahlen in Vergleich mit der Preissteigerung der Lebenshaltungskosten, dann ist zu erkennen, wieviel die Lebenshaltung zu 1913 und 1914 noch zurücksteht. — Die Kranken- und Sterblichkeitsziffern zeigen das allbekannte Bild: Infälle, Rheumatismus, Grippe, Lungenleiden, das sind die Geißeln der Steinarbeiter, sie räumen auf. Was der Rückgang der Natursteinindustrie nicht beiseite schiebt aus dem Arbeitsprozeß, bringen die Berufschäden sicher aus Reich und Glied und schließlich unter die Erde.

Betriebsräteangelegenheit und Internationales ist im „Steinarbeiter“ schon oft behandelt worden, können deshalb diese Angaben des Berichts übergehen und auf den wichtigen Kassenbericht verweisen. In alter Gestalt wird hier der Nachweis geführt vom Markenumsatz, Steigerung der Einnahmen und Ausgaben. Im Vergleich zu 1919 sind die Einnahmen um 310,4 Prozent gestiegen, die Ausgaben jedoch um 510,64 Proz. Daraus ist klar zu ersehen, daß in den verfloffenen zwei Jahren zur Stärkung des Kampffonds nichts übrig blieb. Am Schlusse 1921 war der Bestand 2 978 402,97 M., davon befanden sich nur in der Hauptkasse 2 642 909,47 M., das andere noch in den Lokalkassen bzw. Gaukassen. Die Lokalkassen hatten außerdem noch einen eigenen Bestand von 994 202,88 M. Doch lassen wir den Kassenbericht selber sprechen: „Im Verhältnis zur Gesamteinnahme wurden voraus-

Table with 4 columns: Tätigkeit, 1919 %, 1920 %, 1921 %. Rows include Agitation und Regelung von Lohnbewegungen, Unterstüttungen, Verwaltung, Verbandsorgan, Bücher, Zeitschriften, Unterrichtscurse, Beitrag an den ADGB, intern. Gewerkschaftsb., das intern. Sekretariat, Unterstüttung an andere Organe, Delegationen und Generalversammlung, Anteil der Lokalkassen an den Beiträgen und Guthaben zurück, Verband Sozialer Baubetriebe.

Aus vorstehender Tabelle ist zu ersehen, daß der weitaus größte Teil der Einnahme den Mitgliedern direkt wieder zugeflossen ist in Form von Unterstüttungen und Anteil der Lokalkassen an den Beiträgen, sowie freier Lieferung des Verbandsorgans. Wie alle Tageszeitungen, so haben auch die Gewerkschaftszeitungen unter dem immer krasser zutage tretenden Wucher mit Druckpapier zu leiden, ja noch mehr, weil Nichttageszeitungen noch 15 Prozent mehr zahlen müssen wie die Tageszeitungen. Mußten wir schon auf dem Verbandstag in Würzburg berichten, daß das Rilo Druckpapier 2.50 bis 2.60 M. kostete, so müssen wir für unseren letzten Auftrag vom 20. 1. 1922 bereits 10.10 Mark pro Kilogramm bezahlen. Die Herstellung unseres Fachblattes kostete im Jahre 1920 348 313,44 Mark und 1921 405 610 Mark.

Die Ausgaben für Agitation und Regelung von Lohnbewegungen sind infolge der wiederholten Eisenbahnfahrpreiserhöhungen ebenfalls wesentlich gestiegen.

Auch die persönlichen Verwaltungskosten zeigen eine, wenn auch geringe Steigerung. Die sachlichen Verwaltungskosten sind dagegen wesentlich geringer geworden, nachdem unser, durch den Brand des

Volkshauses vernichtetes Juveniar 1920 bereits zum größten Teil wieder ergänzt war und im vorjährigen Abschluß die enorme Höhe von 318 300,64 Mark erreicht hatte. Ungeradem hiererte uns das Gewerkschaftskartell Leipzig aus dem ihm zur Verfügung gestellten Darlehen noch für über 80 000 Mark Bureaueinrichtungsgeschäfte und Material, die selbstverständlich nach Erledigung unserer Schadenersatzansprüche zurückerstattet werden müssen.

Ferner weist dann der Kassierer an der Hand des Schriftwechsels nach, welche Schwierigkeiten die Erledigung der Schadenersatzansprüche macht. In der Einschätzung der Gewerkschaften durch untergeordnete Regierungsvertreter, wie aus einzelnen der Schriftstücke hervorgeht, werden die Kollegen gewiß ihre „Freude“ haben.

Dem Bericht der Schriftleitung folgen die Berichte der neun Gauleiter. Diese Berichte sind alle ohne Ausnahme recht lesenswert und enthalten manche Anregung für die künftige Arbeit; sie geben ferner Kunde von ununterbrochener Arbeit am Verhandlungstisch im Interesse der Kollegen und erfreulich ist, daß durchaus nicht mit der Kritik zurückgehalten wird in der Beitragsumgebung, soweit der Stundenlohn in Betracht kommt. Auch wird von den Gauangestellten gefordert, daß nur ein kleiner Prozentsatz von Zahlstellen und Mitgliedern wirklich tätigen Anteil nimmt an der Verbandsarbeit. Die Unselbständigkeit einzelner Orte belastet die Gauangestellten außerordentlich. Hier kann nur durch die Zahlstellen selbst Hilfe gebracht werden. Die Lohnverhandlungen nehmen alle verfügbare Zeit in Anspruch; vom Achtstundentag für die Gauangestellten gar nicht zu reden. Die Agitation und Aufklärungsarbeit in Versammlungen ist dadurch vollständig unterbunden; dafür bleibt leider heute wenig Zeit übrig und doch ist diese Tätigkeit bitter notwendig; denn mit der Lohnfestsetzung sind die gewerkschaftlichen Aufgaben durchaus noch nicht erschöpft, das wird in allen Berichten der Gauangestellten mit Nachdruck betont. Ob der Verbandstag hier ändern will und kann, wird sich zeigen, zu beachten ist jedoch, daß diese Zustände in der Wirtschaftslage gipfeln. — Der Bericht des Verbandsaussschusses schließt die Broschüre ab. Bei diesem Bericht ist erfreulich das Zusammenstreifen der Beschwerden im Vergleich zu früheren Jahren festzustellen zu können. Der Verbandsaussschuß bleibt aber trotzdem eine notwendige Instanz, es ist das zweitbeste Ventil in der Rechtsprechung über die Anwendung der selbstgegebenen Verbandsstatuten, und ihre Auslegung; selten hat der Verbandstag als letzte Instanz hier korrigiert! Der Verbandsaussschuß erledigte die ihm überwiesenen 12 Angelegenheiten in 11 Sitzungen und verursachte dadurch 465 Mark Kosten. Ein Betrag der in seiner Höhe gänzlich bedeutungslos ist.

Damit mag die Besprechung des Tätigkeitsberichtes 1920/21 sein Bewenden haben. Jedes Verbandsmitglied, das Interesse am Verbandsleben befundet, muß den Bericht lesen. Die den Zahlstellen überwiesenen Exemplare müssen ihrem Bücherbestande einrangiert werden und den Mitgliedern leihweise zur Verfügung stehen. Die Zahlstellenvorstände haben in den Zusammenkünften darauf hinzuweisen.

Aus den Zahlstellen.

Köln. Auf den Artikel in Nr. 18 in der Rubrik „Aus den Zahlstellen“ mit dem Stichwort: Düsseldorf, habe ich nachstehendes richtigzustellen:

1. Unrichtig ist, daß ein einstimmiger Beschluß gefaßt wurde auf der Konferenz in Essen, die Delegierten vorzuschlagen. Wichtig ist, daß der Gauleiter, Kollege Braun, erklärte, man könne den einzelnen Zahlstellen nicht vorschreiben, wen sie als Kandidaten aufstellen sollen.

2. Es ist eine grobe Unwahrheit des Kollegen Koch, der in seiner Zahlstelle Düsseldorf berichtete, ich hätte für ihn oder dem Kollegen Hirschler (Duisburg) gestimmt. Wah r ist, daß von 16 anwesenden Delegierten 5 für Koch und 4 für Hirschler stimmten.

Wenn der Bericht von Düsseldorf nicht so von Unwahrheiten strotzte, stände es in der Tat schlecht um meinen Charakter. Würde sich die Angelegenheit auf der Konferenz in Essen nicht so jugetragten haben wie oben von mir berichtet, dann hätte ich die Erklärung abgegeben, daß mir die Stellungnahme meiner Zahlstelle (Köln) zur Kandidatenfrage unbekannt war und ich mich infolgedessen nicht binden könne. Soviel Routine sollte mir doch zugezauert werden. — Im übrigen liegen Gründe vor, für die Zahlstelle Köln beide Kandidaten abzulehnen. Inkonsequent ist es auch, wenn man sich in Düsseldorf so radikal wie möglich gebärdet und nachher von kommunikativen Reizellen schwächt. Ich nenne so etwas „Futterkruppenpolitik treiben“. Vor allen Dingen muß man ehrlich sein, man mag politisch stehen wo man will.

R. Knopp, Köln.

Wunsiedel. Am 23. April fand im Gewerkschaftshaus unsere Quartalsversammlung statt. Nach Entgegennahme des Kassenberichts entspann sich eine lebhafteste Diskussion über die Anleitung

Arbeitsgerichte.

VI.

Aber auch noch auf einem andern Gebiete bedeutet der Entwurf eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem geltenden Recht. Im Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz sind Rechtsanwälte grundsätzlich ausgeschlossen, demgegenüber sieht § 40 des Gesetzesentwurfes die Zulassung von Rechtsanwälten als Prozeßvollmächtigter oder Beistände bereits bei einem Streitobjekt von 1500 Mark vor. Auch hier werden also die früheren Ermägungen, die zur Ausschaltung der Rechtsanwälte bei den Arbeitsgerichten im Interesse einer schnellen und billigen Erledigung der Streitfälle geführt haben, in den Wind geschlagen. Wird der Rechtsanwalt erst einmal zugelassen, so ist es ganz selbstverständlich, daß diese Zulassung praktisch zu einem Zwange wird. Der Rechtsanwalt ist naturgemäß vor allem Sachmann auf dem Gebiet der Kunst der Prozeßführung, er kennt ganz anders als etwa der Gewerkschaftsvertreter die Schlichkeiten der Zivilprozeßordnung. Die Erfahrungen mit den ordentlichen Gerichten beweisen, daß bei diesen, bei denen die Zuziehung eines Rechtsanwalts die Regel bildet, der Vergleich eine weit geringere Rolle spielt als bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Hinzu kommt der Umstand, daß eine Vergleichsgebühr nach der Gebührenordnung erst fällig wird, wenn in die Verhandlung eingetreten worden ist, während bisher gerade vor Eintritt in die Verhandlungen die größten Erfolge der Vergleichsbemühungen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte erzielt wurden. Durch die Zuziehung der Rechtsanwälte wachsen aber nicht nur die Kosten, sondern wird gerade an der Kostenverteilungsfrage der Vergleichsversuch häufig scheitern. Hinzu kommt, daß insbesondere auf dem Lande der Rechtsanwalt von einer Praxis als Arbeitnehmeranwalt nicht bestehen kann, sondern darauf angewiesen ist, seine Klienten unter den Arbeitgebern, den Landwirten, Industriellen und Kaufleuten zu suchen. Wenn er diesen aber öfter als Beistand oder Prozeßvollmächtigter des Arbeitnehmers entgegenzuträte, wäre er auf die Dauer, angesichts des fast am bekannten Geistes in diesen Kreisen, unmöglich. Schon heute machen die Gewerkschaften recht häufig die Erfahrung, daß es oft fast unmöglich ist, in kleinen Städten einen Rechtsanwalt zu gewinnen, der sich bereit findet, einen Prozeß gegen einen anständigen Arbeitgeber zu übernehmen. Also auch hierin bringt der Entwurf an Stelle einer Verbesserung eine ganz wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Bestehenden. Auch die Verfassungsmöglichkeit verschlechtert der Entwurf gegenüber dem bestehenden Recht. Während gegenwärtig die Verfassungsmöglichkeit beim Gewerbegericht 6000 M., beim Kaufmannsgericht

8000 M. beträgt, soll bereits, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes den Betrag von 1500 M. übersteigt, gegen den Spruch des Arbeitsgerichts Beschwerde beim Landesarbeitsgericht zulässig sein. Es versteht sich am Rande, daß Rechtsanwälte ohne jede Einschränkung bei den Landesarbeitsgerichten zugelassen sein sollen.

Die schwereren grundsätzlichen Bedenken gegen den Entwurf erhöhen sich durch den Umfang der Rechtsgebiete, für die in Zukunft die Arbeitsgerichte zuständig sein sollen. Gewiß ist hier der Entwurf in weitgehendem Maße den Wünschen der Arbeitnehmer gefolgt, indem zukünftig die Arbeitsgerichte sämtliche Arbeitstätigkeiten zu entscheiden haben, also auch diejenigen der bisher von der Rechtsprechung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ausgeschlossenen Arbeiter- und Angestelltengruppen. Darüber hinaus aber sollen die Arbeitsgerichte die gesamten Rechtsstreitigkeiten aus Tarifverträgen, insbesondere also auch die aus dem Recht der Berufsvereine sich in Zukunft ergebenden Rechtsstreitigkeiten zu entscheiden haben, wie Haftung von Tarifparteien für die Verletzung tariflicher Vereinbarungen, also unter Umständen Streitigkeiten, die für das Schicksal der Gewerkschaften von ausschlaggebender Bedeutung sind. Auch die Entscheidungen auf Grund der §§ 82 bis 90 des Betriebsrätegesetzes (Einspruch gegen Einstellung und Kündigung) und der §§ 89 und 90 des Reichsversorgungsgesetzes (Ausschluß der Anrechnung von Versorgungsgebühren auf das Arbeitsentgelt), und die §§ 8, 18 und 19 der Verordnung, betreffend eine vorläufige Landarbeitsordnung (bezüglich der Sachleistung des Arbeitgebers, des anteiligen Ertrags des Dienstlandes und des Lohnes von Kriegsbeschädigten oder Minderleistungsfähigen), für die bisher der Schlichtungsausschuß zuständig war, sollen dem Arbeitsgericht übertragen werden. Darüber hinaus auch Klagen, deren Ansprüche mit einem Arbeitsverhältnis in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhange stehen. Schließlich sollen nach § 7 auch die Geldbußen aus Verträgen gegen die Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 12. Februar 1920, ferner gegen das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter, das künftige Hausgehilfengesetz, das Gesetz betreffend die Berufsbildung Jugendlicher und das Betriebsrätegesetz der Arbeitsgerichtsbarkeit unterstellt werden, während der Entwurf über das Erfinderrecht merkwürdigerweise nichts besagt.

Nur auf einem Gebiet gewährt der Entwurf einen Blick ins Freie und die Hoffnung, daß vielleicht, selbst wenn er in den Grundzügen der vorläufigen Fassung Gesetz würde, doch noch ein Weg bleibt, um die freie Ausgestaltung des Arbeitsrechts zu fördern. Es sind dies die §§ 81 bis 84, die sich auf das Schieds-

gerichtsverfahren beziehen. Es sollen für das Schiedsgerichtsverfahren die Vorschriften des 10. Buches der Zivilprozeßordnung Gültigkeit haben, so daß also die Möglichkeit besteht, daß wenigstens die Tarifvertragsparteien durch Vereinbarung freier Schiedsgerichte dazu übergehen, sich eine Einrichtung zu erhalten oder zu schaffen, die es ihnen ermöglicht, das Arbeitsrecht in vollster Bewegungsfreiheit aus- und fortzubauen. Solche Schiedsverträge sollen in Zukunft die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte ausschließen können, wenn sie die Entscheidung von Streitigkeiten einem Schiedsgericht übertragen, das zu gleichen Teilen aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzern und einem unparteiischen Vorsitzenden besteht. An sich ist naturgemäß in dieser Bestimmung auch kein Fortschritt gegenüber dem geltenden Recht vorhanden. Bedäglich die nunmehr zwingende Vorschrift, daß die nach § 1025 ff. der Zivilprozeßordnung zulässigen vereinbarten Schiedsgerichte paritätisch zusammengesetzt werden müssen, bringt eine, wenn auch nur selbstverständliche, Klarstellung. Freilich hängt das Zustandekommen solcher freien Schiedsgerichte vom Willen beider Parteien ab, und es steht zu befürchten, daß die Arbeitgeber, die der Auslieferung der Arbeitsgerichtsbarkeit an die ordentlichen Gerichte mit Freuden zugestimmt haben, meist wenig geneigt sein werden, der freien schiedsgerichtlichen Tätigkeit zuzustimmen. Auch dürfte die Kostenfrage einer Ausdehnung der freien Schiedsgerichtsbarkeit wenigstens solange im Wege stehen, als es nicht gelingt, die Bestimmungen der geplanten Schlichtungsordnung über die den freien Schiedsstellen aus öffentlichen Mitteln zu gewährende persönliche und sachliche Hilfe, stimgemäß auf das Arbeitsgerichtsrecht zu übertragen.

Aus diesem Ueberblick erhellt einmal, welche ausschlaggebende Bedeutung für die Zukunft der gesamten Gewerkschaftsbewegung die Form des künftigen Arbeitsgerichts besitzt. Dieser neue Anschlag beweist zum andern aber auch, daß es Aufgabe der gesamten Arbeitnehmerenschaft ist, unabweisend und mit Aufmerksamkeit aller Mittel dafür einzutreten, daß dieser Entwurf nicht Gesetz wird. Nichts ist bezeichnender, als daß sämtliche Arbeitgebervertreter diesem Entwurf durchaus zugestimmt haben und nur nebenläufige Abänderungswünsche äußerten. Es muß möglich sein — trotz des Verhaltens der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes — eine Einheitsfront der Arbeitnehmergewerkschaften herzustellen und damit den Raub der Sondergerichte zu verhindern. Das einheitliche Arbeitsrecht, das die Reichsverfassung verpricht, bleibt ein Stück Papier, wenn ihm nicht die einheitliche Arbeitsbehörde entspricht, die als Mittelpunkt der sozialen Verwaltung und Rechtsprechung die Handhabung und lebendige Fortbildung des dauernd im Fluß befindlichen Arbeitsrechts im Geiste des sozialen Fortschritts gewährleistet.

des Zentralvorstandes, betreffs Auszahlung von Krankenunterstützung, die sich zweifellos mit dem Statut nicht vereinbaren läßt. Hierauf streifte der Vorsitzende in kurzen Worten die Bedeutung des 1. Mai und forderte die Versammlung auf, am 1. Mai den Betrieb vollständig ruhen zu lassen, was von der Versammlung auch einstimmig beschlossen wurde. Zum letzten Punkt der Tagesordnung wurde zu der süddeutschen Metallarbeiter-Auspeerrung Stellung genommen. Es wurde allgemein betont, daß diese Auspeerrung nicht bloß den Metallarbeitern, sondern der ganzen Arbeitererschaft gilt, und ein Akzent auf den Achtstundentag ist. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute, den 28. April, stattgefundene Versammlung der Steinarbeiter Bundesschieds spricht den ausgespeerrten Metallarbeitern die vollste Sympathie aus, mit dem Gelübde, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, diesen Kampf erfolgreich zu beenden. Sie ist sich bewußt, daß dieser Kampf der ganzen Arbeitererschaft gilt, und ein Anschlag auf den Achtstundentag ist. Eine Niederlage der ausgespeerrten Metallarbeiter bedeutet eine Niederlage der ganzen Arbeitererschaft und mithin den Verlust des Achtstundentages.“ Wir verlangen daher von unserm Hauptvorstand, sowie vom A.D.G.M. sofort eine Unterstützungsaktion in die Wege zu leiten, um die Not der Ausgespeerrten zu lindern, und ihre Kampfkraft zu stärken, und im gegebenen Falle die gesamte Arbeitererschaft gegen die Vorfälle der Unternehmer zu führen. — Ferner verlangen wir, in der Fachzeitung mehr über den Verlauf dieser Auspeerrung zu lesen.

Lüttschbach. Unsere diesjährige Maiseier gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung. Dieselbe war mit der Feier des Gewerkschaftstreffens in Randern verbunden. Die Kollegen der zahllose Lüttschbacher sammelten sich im Kirch in Malsburg und marschierten mittags in geschlossenem Zuge mit der Malsburger Musikkapelle an der Spitze nach Randern, wo sich mit den Randener Gewerkschaften die eigentliche Feier abwickelte. Jeder Teilnehmer war mit dem Darangebotenen völlig befriedigt. Bekanntlich ist bei uns in Baden der 1. Mai gesellschaftlicher Feiertag und die organisierte Arbeitererschaft hat schon die schwersten Opfer gebracht, bis der 1. Mai zur Anerkennung gelangte. Aber unglaublich, im Bruch Lüttschbach haben es organisierte Arbeiter fertig gebracht, am 1. Mai zu arbeiten. Dachten diese „Kollegen“ wohl auch daran, was für einen Dienst sie sich selbst und der gesamten Arbeitererschaft geleistet haben?

Rirn a. d. R. Der Tagespresse entnehmen wir folgende Notiz: „Ein Vorstoß der Justiz.“ In dem kleinen Orte Rirn an der Nahe (Rhd.) kam es im Sommer 1920 zu Lebensmittelkrawallen, wobei das Geschäft eines Lebensmittelhändlers gestört und geplündert wurde. Die Justiz schalt ein, aber in seltsamer Weise. Zuerst wurde der Vorsitzende der dortigen Ortsgruppe der SPD auf eine verleumdende Denunziation hin unter dem Verdacht der Aufreizung zu den Exzessen verhaftet und ein halbes Jahr in Untersuchungshaft gehalten. Dann mußte man ihn entlassen, weil ihm nichts, aber auch gar nichts nachgewiesen werden konnte. Bei seiner Entlassung schärfte man ihm ein, er solle sich ja nicht einmischen lassen, nun von Klassenjustiz zu reden, sonst würde es ihm schlecht ergehen.

Dann wurde der Vorsitzende der Gewerkschaftskommission, ein Herr R. angeführter Steinarbeiter Veder, verhaftet. Weil er wiederholt vor den Exzessen warnend erklärt hatte, wenn der Lebensmittelwucher fortdauere, werde es in Rirn kommen wie anderswo, wurde er der Aufreizung für überführt erachtet und, obwohl er in keiner Weise an den Exzessen beteiligt war, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Gegen dies von der Strafkammer I des Landgerichts Koblenz gefällte Schreckensurteil protestierte in einer Versammlung fast die gesamte erwachsene Bevölkerung von Rirn. 1500 Personen waren anwesend. Die Versammlung nahm eine Entschlieung an, die das Urteil als zu hart und als Ausbruch der Klassenjustiz bezeichnete.

Die weitere Folge ist jetzt, daß gegen den Leiter der Versammlung, gegen den Geschäftsführer eines bürgerlichen Blattes, der eine Versammlungsankündigung aufnahm, und schließlich gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Parteiblattes in Oberstein an der Nahe, der einen durchaus objektiven Versammlungsbericht brachte, Strafverfahren wegen Nichtbeleidigung eingeleitet werden. Dabei dürfte nachgerade nun jedes Kind in Deutschland wissen, daß das Wort Klassenjustiz nicht den Vorwurf der Rechtsbeugung, sondern die psychologische Feststellung der Fehlerquelle eines Urteils bedeutet.

Auf jeden Fall irrt die Justiz sehr, wenn sie glaubt, durch die Strafverfolgung ihrer Kritiker das gesunkene Vertrauen der Bevölkerung zur Justiz irgendwie zu heben. Im Gegenteil, auf diese Weise hilft die Justiz nur selber, das Vertrauen launigenartig anzuheben zu lassen.

In **Offstettgen**, sowie in **Reuban** wurde der 1. Mai von den Kollegen gefeiert. Am 2. Mai ging alles wieder seinen Gang, nicht aber bei der Firma **Scharf** (Nichtelberg). Als die Arbeiter früh im Betrieb erschienen, kam der rührige Bruchmeister und verkündete: „Heute feiert Herr Scharf den 2. Mai und der Betrieb gilt für heute geschlossen!“ Auf dieses wurden sämtliche Kollegen persönlich bei Herrn Scharf vorbestellt. Die Antwort lautet: „Gestern habt ihr den 1. Mai gefeiert, heute feiere ich ihn!“ Den Vorstoß der Kollegen, die Arbeit sofort aufzunehmen und das Verümmelte zu bezahlen, verweigerte Herr Scharf mit der Erwiderung: „Mittag könnt ihr meinetwegen anfangen, aber bezahlt wird nicht!“ Dieses konnten die Kollegen nicht annehmen und beschlossen einstimmig, die Arbeit nicht aufzunehmen. Die Kollegen sind nun alle in anderen Betrieben untergebracht. Für Herrn Scharf waren schon längst einige aufrechte Kollegen recht lässig; obwohl er früher auch ein Arbeiter war (Pflastersteinmacher). Vielleicht findet Herr Scharf ein paar Dumme, um seinen Betrieb aufrechtzuerhalten, bis jetzt aber noch nicht. Wir versichern Herrn Scharf, daß sich Millionen von Arbeitern einig waren, den 1. Mai zu feiern. Daß aber die Unternehmer den 2. Mai feiern, bezweifeln wir, und wird Herr Scharf damit wohl allein dastehen. Es ist ein Zeichen, daß wir ihm bisher durch unsere Arbeitsleistung solchen Scharfmacher- und geschwollenen Standpunkt ermöglichten.

Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

(W.W.) Nach dem Zustandekommen des deutsch-russischen Wirtschaftsvertrages hat das Interesse der deutschen Öffentlichkeit an den Vorgängen der Konferenz in Genoa merklich nachgelassen. Man wendet sich wieder den eigenen häuslichen Angelegenheiten zu und findet, daß hier sehr viele Dinge ernster Beachtung wert sind und zum Teil sogar sehr schnelles und energisches Eingreifen erheischen. Das gilt in erster Linie von dem bedrohlichen Stande unserer Ernährungswirtschaft. Von den verschiedensten Seiten sind in den letzten Wochen ganz unerhörte Raubzüge auf die Taschen der Verbraucher gemacht worden. Man braucht nicht weiter auseinanderzusetzen, was sich im Außenhandel abgepielt hat, denn jeder einzelne war in der Lage, diesen Hohn auf die Gesetzgebung eines modernen Staates aus nächster Nähe mitanzusehen. Fast mit denselben Mitteln wie die Zuckerrüben haben auch gewisse Händlerfreie gearbeitet, die es fertig brachten, alle greifbaren Vorräte an Rindhälften wochenlang einzusperrern und sie in dem Moment auf den Markt zu werfen, wo eine starke Preissteigerung erzwungen war. Nicht viel besser liegen die Dinge am Kartoffelmarkt. Trotz aller Aufmerksamkeit der Arbeitnehmerspresse, gewisser polizeilicher Organe und der Konsumentenorganisationen ist es doch gelungen, große Kartoffelmengen aus Deutschland zum Teil auf dem Wege über das besetzte Gebiet ins Ausland zu verschleusen. Die verhängnisvolle Tatsache, daß Deutschland im Westen wie im Osten noch immer keine geschlossenen Grenzen hat, öffnet dem internationalen Schieberum gerade in unserem ausgepörrten Lande ein Feld für lohnende Betätigung. Die Erfahrungen, die wir in dieser Beziehung gemacht haben, sollten uns ein Warnesekel sein. Erfahrungsgemäß sind die Monate, die zwischen Ausbruch und neuer Ernte liegen, für die Ernährungspolitik die allerschwierigsten. Vor und während der Getreidernte tritt in der Regel ein fühlbarer Mangel an Korn und Mehl ein. In diesem Jahre haben bereits fröhlich schlaue Spekulanten zu höchsten

Preisen erhebliche Mengen Brotgetreide der kommenden Ernte vorgekauft. Noch ist die Frage nicht geklärt, ob und in welchem Umfange für das laufende Jahr am Umlageverfahren festgehalten werden soll. In dieser Hinsicht muß schnellstens Klarheit geschaffen werden, um großes Unheil zu verhüten. Die Ergänzung der inländischen Getreideversorgung durch Zufuhren an Auslandsgetreide muß auf ein Minimum beschränkt werden, da sie in ganz besonderem Maße dazu beiträgt, den Kursstand der Mark noch weiter herabzudrücken. Das Umlageverfahren ist immerhin nur ein Notbehelf, mit dessen Anwendung nicht für alle Ewigkeit zu rechnen ist. Die Wirtschaftspolitik muß auf eine Steigerung der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte im Inlande bis zur Höchstgrenze gerichtet sein. Die Landwirtschaft muß endlich zeigen, wie sie sich das vor langer Zeit angekündigte nationale Hilfswort in der Praxis denkt. Die deutsche Wirtschaftspolitik muß auf allen Gebieten in erster Linie auf eine Hebung der Produktion gerichtet sein, wo sich aber nach Lage der Sache Eingriffe in den normalen Verlauf des Wirtschaftslebens nicht vermeiden lassen, da sollten sie mit der nötigen Schnelligkeit und Energie durchgeführt werden, die allein ihren Erfolg verbürgen.

Wirtschaftsspionage. Der Fall Anspach, durch den die deutsche Öffentlichkeit außerordentlich interessante Einblicke in das Treiben gewisser ausländischer Agenten bekommen hat, ist vor allem deshalb von großer allgemeiner Bedeutung, weil er zeigt, welche großen Wert das Ausland auf die Wirtschaftsspionage in Deutschland legt. Es ist kein Zufall, daß der sogenannte „Dr. Anspach“ sich ausländischen Kunden gegenüber als Journalist ausgab, denn gerade auf die Gewinnung der Mitarbeit deutscher Journalisten haben es gewisse fremde offizielle Vertretungen abgesehen. Allein im Dienste einer westeuropäischen Großmacht sollen in Berlin 5 bis 6 derartige Agenten tätig sein, die sich wohl ihren ausländischen Auftraggebern gegenüber als Journalisten ausgeben, in Wirklichkeit aber mit der anständigen deutschen Presse nie etwas zu tun hatten. Es handelt sich scheinbar um Exzentriker, die durch den Krieg entwurzelt und trotzdem in die Lage versetzt wurden, hier und da mit einflussreichen Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens flüchtig bekannt zu werden. Der Hinweis auf derartige Beziehungen und die Weidung von einigem sensationell gemachten Material genügt, bei der betreffenden ausländischen Vertretung vollauf für die erste Einführung als Agent. Da mit Geld von jener Seite nicht gespart wird, ist der Anreiz zur Lieferung von Informationen und der Veruchung, Informationen aus dem Aermel zu schütteln, wo sie anders nicht zu haben sind, natürlich sehr stark. Die Leiter der ausländischen Wirtschaftsspionage gehen jedoch mit größtem Raffinement vor und bemühen sich vor allem, auch technische und kaufmännische Angestellte der deutschen Industrie für ihre Zwecke zu gewinnen. Es ist kein Geheimnis, daß man über die intimsten Vorgänge in den deutschen Aktiengesellschaften in den Kreisen, die der diplomatischen Vertretung einer gewissen westeuropäischen Großmacht nahesteht, sehr oft besser informiert ist, als in den Direktionsbüros der Berliner

Kollegen und Kolleginnen wir bekunden den kämpfenden Süddeutschen Metallarbeitern am wirksamsten unsere Sympatie durch pünktliche und restlose Leistung der ausgeschriebenen Extrabeiträge!

Großbanken. Die spekulative Tätigkeit der Beamten dieser Wirtschaft ist ein Kapitel für sich. So war es besonders auffallend, daß in einem Zeitpunkte, wo die Entscheidung in der oberösterreichischen Frage vor der Tür stand, diese Herren große Aufseengagements in polnischen Markt und Baifengagements in deutschen Papiermarkt tätigten. Die Vertraulichkeit dieser Leute mit den intimsten politischen und finanzpolitischen Vorgängen wird von ihnen vor allem auch dazu ausgenutzt, an führende Männer des deutschen öffentlichen Lebens heranzukommen. Im scheinbar harmlosen geselligen Verkehr läßt sich bekanntermachen an unauffälligsten Ausgehenden und beeinflussen. Der Fall Anspach hat hoffentlich weiten Kreisen in Deutschland die Augen geöffnet für die Gefahren, von denen wir im eigenen Lande unlauter sind. Auch der Arbeiter und Angestellte ist verpflichtet, auf diese Wirtschaftsspionage ein wachsameres Auge zu haben, denn letzten Endes laufen derartige Nachforschungen darauf hinaus, wertvolle Dienstleistungenverfahren und sonstige Betriebsgeheimnisse zu erforschen und zum Schaden der deutschen Industrie und des deutschen Arbeitsmarktes ins Ausland zu bernenzen.

Rundschau.

Aus der Steinindustrie. Die Beschäftigungsmöglichkeit im Beruf basiert in der Hauptsache auf Auslandsaufträgen; wenn nur Inlandsaufträge in Frage kämen, müßten mindestens die Hälfte der Betriebe ihre Porten schließen. In der Wegbau- und Bauindustrie können die Firmen im großen ganzen kaum ihren Verpflichtungen nachkommen, ähnlich liegt es auch in der Marmorindustrie, es heißt, daß sie mit Aufträgen für ein Jahr belastet ist. Die Klagen größerer Möbelfabriken über ihre mangelhafte Belieferung mit Marmorarbeiten und Platten wollen deshalb auch nicht verstummen. Für die Produkte der Granit Schleiferei droht der Abzug nach Frankreich ganz verloren zu gehen, weil dort der Eingangszoll um 100 Prozent erhöht wurde und damit 90 Prozent vom Berechnungspreis der fertigen Arbeit beträgt. Dadurch ist eine Konkurrenz mit den französischen Granit Schleifereiprodukten ganz unmöglich gemacht. Die Konkurrenzmöglichkeit stützt sich bekanntlich nicht nur auf exaktere Arbeit, sondern vor allen Dingen auch auf den Preis. Der Export nach Frankreich war in der Vorkriegszeit recht lebhaft und im letzten Jahr wieder etwas aufgefischt worden. Nun wird mit dem Einfuhrzoll die schwergeöffnete Tür wieder zugeschlagen. In der Granitindustrie liegen mehrere größere Aufträge vor, besonders für den Odenwald, doch auch andere Bezirke können über Mangel an Aufträgen gerade nicht klagen. Für die sogenannte Weichsteinindustrie ist es mit Auslandsaufträgen nicht besonders bestellt. Im schlesischen, unterfränkischen und Elsaßsteingegebiet und anderen wird trotzdem flott gearbeitet. In der gesamten Natursteinindustrie herrscht augenblicklich ein empfindlicher Mangel an Facharbeitern (Steinmehrn, Schleifern, Brechern und Pflastersteinarbeitern). Für Steinmehrn ist die Nachfrage in Grabsteingeschäften jetzt vor Pfingsten besonders groß; die Kollegen mögen aus dieser Situation auch die nötigen Konsequenzen ziehen und ihre Arbeitskraft nicht für ein Butterbrot verkaufen. Besonders in den einzelnen verstreuten, außerhalb der Zahlstellen befindlichen Grabsteingeschäften, deren Inhaber mit Vorliebe Wert auf die Bezeichnung „Steinbildhauerei“ legen, sieht es in bezug auf die Entlohnung recht klapperig aus. Steiferes Rückgrat in manchem dieser Betriebe schadet den in Betracht kommenden Kollegen durchaus nicht.

Gewerkschaftliches. Der Bauarbeiterverbandstag wurde am 8. Mai im Leipziger Volkshaus eröffnet, ein größerer Bericht erfolgt in einer der nächsten Nummern des Steinarbeiters. Wir wollen hier nur kurz einen Vorgang registrieren, der den Steinarbeitern Deutschlands zeigen soll, wieviel die Irreführung kommunistisch orientierter Bauarbeiter geht. Der Bauarbeiterverbandstag hat schon vor längerer Zeit gegen die Verbandsstörer scharfe Maßnahmen ergriffen, die mit dem Ausschluß endeten. Diese Maßnahmen hat der Verbandstag nunmehr gegen einige Stimmen nicht nur gutgeheißen, sondern dem Verbandsvorstand sogar mit den Stimmen einiger kommunistischer Delegierter mit der Entlastung ein Vertrauensvotum erteilt. Was sich nun abge-

spielt hat, geht aus einem Aufruf des Leipziger Gewerkschaftstreffens am 11. Mai an die Leipziger Arbeitererschaft hervor:

„Gewerkschaftsmitgliedern und -genossinnen! Gestern ist der im Leipziger Volkshaus tagende Verbandstag der Deutschen Bauarbeiter von einer Anzahl kommunistischer Arbeiter gewaltfam gestört worden. Dunkle Elemente trieben sich seit Tagen in den Vorräumen des Volkshauses herum und ließen es an Unbedeutungen nicht fehlen, daß sie die mangelnde Ueberzeugungskraft ihrer Politik ersetzen wollten durch einen Appell an die rohe Gewalt. Der Absicht ließ man die Tat folgen. Tiefes Bedauern über diese Schändung des Gastrechts muß jeden ehrlichen Arbeiter erfüllen. Was früher, während der wilhelminischen Periode, das unbeschränkte Vorrecht der Reaktion war, die Tagungen der Arbeitererschaft durch den Polizeisäbel und die Schußmannschaft zu vereiteln, ist heute das vornehmste Kampfmittel einer Richtung der Arbeiterbewegung geworden, die auf diese Weise ihren Ideen zum Siege verhelfen will. Der Bruch des Gastrechts erfolgt obendrein einer Gewerkschaft gegenüber, die als erste in hervorragender Weise beim Wiederaufbau des Leipziger Volkshauses ihre brüderliche Gesinnung bewies. Der Verbandstag setzt heute seine Verhandlungen aus und will seine Beratungen in einer anderen Stadt zu Ende führen. Das darf nicht geschehen. Die Leipziger Arbeitererschaft muß ihren Stolz darin setzen, daß in ihrem Heim jeder Arbeiterkongress ungehindert tagen kann. Der Kartellauschuss hat den Verbandstag gebeten, morgen im Leipziger Volkshaus weiter zu tagen. Das Gewerkschaftstreffenskartell wird mit allen Mitteln dafür sorgen, daß die Vertreter der deutschen Bauarbeiter und die internationalen Gäste nicht der Willkür und Robeit irgendwelcher Drahtzieher und der von diesen mißleiteten Arbeiter zum Opfer fallen. Möge die Leipziger Arbeitererschaft uns in diesem Bestreben unterstützen! Leipzig, den 11. Mai 1922. Gewerkschaftstreffenskartell Leipzig. Erich Schilling.“

Dieser Vorgang sollte die gesamte Arbeitererschaft, die sich gesundes Denken bewahrt haben, aufschrecken, um der kommunistischen Zerstörungsarbeit ganz energisch Einhalt zu gebieten. Wer sich den Gepflogenheiten in seiner Berufsorganisation nicht fügen will, der mag seine eigenen Wege gehen und dann sehen, wieviel er kommt. In der Leipziger Arbeitererschaft herrscht außerordentliche Empörung über diese kommunistische Taktik, und sie wird Mittel und Wege haben, um solche Vorkommnisse in der Zukunft zu verhindern. Zum süddeutschen Metallarbeiterstreik nahm der erweiterte Veirat des Metallarbeiterverbandes Stellung am 7. Mai im Gewerkschaftshaus zu Berlin. Ein stimmig wurde nachstehende Entschlieung angenommen: „Der erweiterte Veirat des D.M.V. stimmt den Maßnahmen durchaus zu, die der Vorstand mit den Verbandsfunktionären und Vertretern der Streikenden im Kampf der süddeutschen Metallarbeiter getroffen hat und versichert den Kämpfenden erneut seine volle Solidarität und nachhaltige Unterstützung. Anerkennend den Beschluß des Ausschusses des D.M.V., der in seiner finanziellen Auswirkung den Streikenden neben der durch die Mittel des D.M.V. gesicherten statistischen Streikunterstützung einen besonders reichhaltigen Zuschuß gewährleistet, fezt der erweiterte Veirat als selbstverständlich voraus, daß sämtliche Verbandsmitglieder im Reich den vom Vorstand ausgeschriebenen Extrabeitrag restlos entrichten und darüber hinaus in solidarischer Handlung alles Notwendige tun, um dem Kampf der süddeutschen Metallarbeiter einen erfolgreichen Abschluß zu sichern. Alle zur Durchführung und Unterstützung des Kampfes notwendigen Maßnahmen sind durchzuführen nach den Anweisungen der Zentralstreikleitung, dem Vorstand des D.M.V. und den Verbandsfunktionären im Land.“

Fritz Bruns. Der Hauptkassierer des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands ist im Alter von 64 Jahren gestorben. Der Verstorbene hat in der Arbeiterbewegung ein recht arbeitsreiches Leben hinter sich. In seinem Verbands hat der Verstorbene sich wegen seines stillen Wirkens großer Achtung erkrent, und sich dadurch ein dauerndes Andenken gesichert.

Organisierte Spitzel in den Betrieben. In Berlin ist vor einigen Jahren ein Unternehmen gegründet worden, das sich „Deutsche Pinkerton-Gesellschaft“ nennt, und dessen geschäftstüchtige Gründer sich zur Aufgabe machten, die Spitzeltätigkeit ihrer Angestellten in eine organisatorische Form zu bringen. Zunächst hatte diese Gesellschaft es darauf abgesehen, neben der Beobachtung fremder Personen im Auftrag von Privatleuten ihre Beamten auch den Behörden zur Verfügung zu stellen, wenn es sich um die Beobachtung der Tätigkeit politisch tätiger Personen handelte. Aber die Geschäftstätigkeit dieser Gesellschaft hatte damit ihren Höhepunkt noch nicht erklimmen, sondern war noch weit entwicklungsfähiger. Wie weit die Spitzeltätigkeit der Leitung dieser Gesellschaft geht, kann man aus einem Zirkular ersehen, das die „Pinkerton-Gesellschaft“ in letzter Zeit den Arbeitgebern zugehen läßt, und das folgenden Wortlaut hat:

Deutsche Pinkerton-Gesellschaft. Berlin W 9, Schellingstr. 2. Größtes Detektivunternehmen. Datum des Poststempels. Bank-Konto: Bank für Handel und Industrie, Depositen-Kasse II, Potsdamer Str. 18. Tel.: Aurfürst 5173. Abteilung: R/S. Sie erleiden Verluste, die durch unser Kontrollsystem leicht zu vermeiden sind. Wir sind bereit, Ihnen zu helfen, unlautere Elemente zu entfernen, falls solche unter Ihrem Personal vorhanden sind. Zu diesem Zweck stellen wir Ihnen einen Beamten (Herrn oder Dame) als Bureauangestellten, Arbeiter oder in sonst einer Eigenschaft zur Verfügung. Dieser arbeitet nach unserer Anweisung als Ihr Angestellter für Sie, und Sie erfahren täglich alles das, was in Ihrem Betriebe vorkommt. Die Kosten, die für Sie entstehen, sind verhältnismäßig gering. Die Erfolge, die wir bei den angesehensten Firmen erzielt haben, sind derartig, daß Sie in Ihrem eigenen Interesse nach einem Versuch ständig von unserer Einrichtung Gebrauch machen werden. Sie sind durch zahlreiche Anerkennungsbriefe belegt, welche letztere wir Ihnen auf Wunsch gern im Original vorlegen. Wenn Ihnen ein unverbindlicher Besuch genehm ist, so bitten wir um Nachricht. Mit vorzüglicher Hochachtung Deutsche Pinkerton-Gesellschaft m. b. H., Gerlach.

Oberflächlich betrachtet, erweckt dieses Schriftstück den Anschein, als ob den Unternehmern nur damit gebietet werden soll, sie vor Diebstählen der Arbeiter und Angestellten zu schützen. Selbst wenn dieses der einzige Zweck des Angebots sein sollte, verbirgt sich dahinter die Gefahr, daß ehrliche Arbeiter und Angestellte durch die in die Betriebe hineingesteckten Spitzel in geschickter Weise zu Unrechlichkeiten verleitet werden können, und daß dann diese ehrenwerten Gesellen, die doch ihre Tüchtigkeit erweisen wollen, bei den Unternehmern den Angeber spielen, und die von ihnen Denunzierten ins Unglück stürzen. Weit mehr ist aber noch damit zu rechnen, daß sich die Tätigkeit dieser edlen Menschenorte nicht nur auf die Beobachtung auf Diebstähle und sonstige Unregelmäßigkeiten in den Betrieben erstreckt, sondern daß darüber hinaus auch jede Aeußerung, die ein Arbeiter oder Angestellter über den Betrieb oder den Betriebsinhaber fallen läßt, dem letzteren brüchmarm durch den Spitzel überbracht wird. Manches unbedachte Wort, das vor dem in der Masse eines gesinnungsverwandten Kollegen auftretenden Spitzel fallen gelassen wird, kann dem unvorsichtigen Sprecher zum Verhängnis werden. Man darf neugierig sein, wieviel Unternehmern es gibt, die die Dienste dieser Gesellschaft für sich in Anspruch nehmen.